

Die Region der "neuen" Alten

Fakten und Positionen zur sozialen Situation
älterer Bürger in den neuen Bundesländern

1990 bis 2005

Gunnar Winkler

trafo verlag

2006

Bibliografische Informationen
Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar

Impressum

Die Region der "neuen" Alten
Gunnar Winkler

1. Auflage - Berlin 2006
ISBN 3-89626-590-3

© trafo verlag dr. wolfgang weist, 2006
Finkenstraße 8, 12621 Berlin
Fax: 030/5670 1949
e-Mail: trafoberlin@t-online.de
Internet: <http://www.trafoberlin.de>

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen	9
<i>Teil I Aufbruch und Wandel</i>	13
1 Aufbruch und Umbruch - Altersspezifik und Altersbetroffenheit	14
1.1 Aufbruch in eine andere Zukunft - die "friedliche Revolution" 1989/90	14
1.2 Von Veteranen zu Senioren - das Altenbild im Wandel	32
1.3 Zwei Alter in Deutschland - die "neuen" Alten	44
2 Demografischer Wandel - Altern und Altersstrukturen	59
2.1 Demografischer Wandel - Bedrohung?	59
2.2 Das Problem der Altersaufbaus - zu wenig Kinder	63
2.3 Veränderte Bevölkerungs- und Familienstrukturen	70
2.4 Die Kinder gehen - Abstimmung mit den Füßen	74
2.5 Ausblick	79
<i>Teil II Integration und Identifikation</i>	81
Vorbemerkungen	82
3 Wirtschaftliche Integration	89
3.1 Wirtschaftsstrukturen - dem Westen gleicher, aber uneffizienter	89
3.2 Von der Mark der DDR zur DM	95
3.3 Beschäftigung und Beschäftigtenstrukturen	98
4 Kulturelle Integration - die neuen alten Werte	104
4.1 Alltagskultur	105
4.2 Grundwerte - Wertestrukturen	110
4.3 Vom Gleichstellungsvorsprung zum Gleichstellungsrückstand	118
4.4 Religiöse Bindungen	125
4.5 Multikulturell - ausländerfeindlich?	128

5	Soziale und politische Integration	132
5.1	Sozialunion	132
5.2	Sozialreformen ohne Ende	136
5.3	Bürgerschaftliches Engagement	146
5.4	Wohlfahrtsarbeit/Wohlfahrtsverbände	158
5.5	Volkssolidarität	165
5.6	Politische Integration - Wahlen - Parteien	172
5.7	Institutionenvertrauen	183
5.8	Bundesseniorenvertretung	185
6	Identifikation	189
6.1	Die "Schaffung" des Ostdeutschen - Identifikation und regionale Verbundenheit	189
6.2	Angleichung der Lebensverhältnisse	197
6.3	Subjektive Schichtestufung - soziale Aufstiege/Abstiege	200
6.4	Gewinne - Verluste	203
Teil III	<i>Leben in den neuen Bundesländern</i>	213
7	Leben in den neuen Bundesländern	214
7.1	Zufriedenheiten	216
7.2	Zufriedenheit mit der individuellen wirtschaftlichen Situation	221
7.3	Fünfzehn Jahre zunehmender Hoffnungen und Befürchtungen	229
8	Erwerbsarbeit im Alter	237
8.1	Von der Vollbeschäftigung zum Vorruhestand - Ausgrenzung Teil I	237
8.2	Sinkende Erwerbstätigkeit bei steigender Förderung des 2. Arbeitsmarktes - Ausgrenzung Teil II	242
8.3	Arbeitsmarktchancen ab 50. Lebensjahr zu Beginn des neuen Jahrtausends - Ausgrenzung Teil III	244
8.4	Doppelte Ausgrenzung - über 50 und ostdeutsch	249

9	Wirtschaftliche Situation	255
9.1	Den Westen zu DDR-Zeiten nicht überholt - nach 1990 aber auch nicht eingeholt	256
9.2	Ausstattung und Versorgung	264
9.3	Einkommen	269
9.3.1	Arbeitseinkommen	269
9.3.2	Rente	273
9.3.2.1	Alterseinkommen in der DDR	273
9.3.2.2	Rentenangleichung - Rentenentwicklung	277
9.3.2.3	Die 50- bis 65-Jährigen - Erwerbsaustritt und Übergang in die Rente	286
9.3.2.4	Permanente Reformdebatte verunsichert	290
9.4	Alterseinkommen	294
9.5	Vermögen und Erbe	297
9.6	Ein Leben zwischen reichen Alten und armen Kindern?	302
10	Wohnen	309
10.1	Wohnen - besser und teurer - insgesamt hohe Zufriedenheit	309
10.2	Eigentumsstrukturen	321
10.3	Infrastrukturen - Wohnumfeld	325
10.4	Betreutes Wohnen/Servicewohnen - Beispiel Thüringen	330
11	Gesundheit	334
11.1	Neustrukturierung des Gesundheitswesens nach 1990	335
11.2	Krankenversicherung	339
11.3	Zufriedenheit mit dem Gesundheitswesen - Gesundheitsreform	342
11.4	Gesundheitszustand - Morbidität - Mortalität	353
11.5	Pflege	357

12	Das alltägliche Leben im Alter	367
12.1	Zeitverwendung	368
12.2	Soziale Beziehungen - Kommunikation	372
12.3	Sozio-kulturelle Infrastrukturen	375
12.3.1	Kleingärten	375
12.3.2	Sport und Bewegung - auch im Alter	378
12.3.3	Seniorenbegegnungsstätten - Beispiel Mecklenburg-Vorpommern	383
12.4	Reisen	387
Teil IV	Generationenvertrag - Solidarvertrag	395
13	Generationenbeziehungen - Solidarvertrag	396
13.1	Generationenvertrag gekündigt? - Fragen nach dem Sinn einer Diskussion	396
13.1.1	Wem nützt die Debatte?	396
13.1.2	Bilanzen - Aufrechnung - Abrechnung	399
13.2	Generationenbeziehungen im Wandel	403
13.3	Die Generationenbeziehungen aus Sicht der Bürger	411
13.4	"Miteinander - füreinander - nicht gegeneinander" - auch in der Familie?	414
13.4.1	Kontakte/Kommunikation	415
13.4.2	Finanzielle Hilfen und Unterstützung	417
13.4.3	Hilfe und Unterstützung	420
13.4.4	Pflege und Betreuung	422
13.5	Neugestaltung des Zusammenwirkens der Generationen	426
14	Plädoyer für ein verständnisvolles gemeinsames Altern	429
	Literaturverzeichnis	434
	Über den Autor	442

Vorbemerkungen

Fünfzehn Jahre sind historisch gesehen ein Wimpernschlag und doch brachten die Jahre 1990 bis 2005 für die Mehrheit der Bürger der neuen Bundesländer die tiefsten Einschnitte ihres Lebens mit sich. In diesem Zeitraum löste sich das sozialistische Staatenbündnis auf, wurde der kalte Krieg beendet, Terrorismus und "Glaubenskriege" begründen inzwischen neue Bedrohungen, eine zunehmende Zahl von Naturkatastrophen reflektiert ein weiter abnehmendes ökologisches Gleichgewicht. In Deutschland wurde die Vereinigung vollzogen mit all ihren positiven, aber auch negativen Wirkungen für das Leben der Menschen. Die Bürger der neuen Länder erlebten neue Freiheiten und neue Verunsicherungen, die Lebensverhältnisse verbesserten sich für Viele und wurden ungleicher für Alle, aus der Mark der DDR wurde die DM und aus dieser der Euro.

Im Umfeld des 15. Jahrestages und der Bundestagswahl 2005 wurde eine Vielzahl von Berichten - zum Teil schneller als vorgesehen - veröffentlicht¹, welche erfolgte Veränderungen darstellen und zu bewerten versuchen.

Die vorliegende Publikation soll aus der Sicht der Bürger der neuen Bundesländer - insbesondere jener, die sich im Seniorenalter befinden (bzw. es demnächst erreichen werden) - die in den vergangenen 15 Jahren vollzogenen Veränderungen darstellen und einer kritischen Würdigung unterziehen. Das schließt neben der Zusammenfassung "harter" Daten der DDR-Endzeit und seitdem erfolgter Entwicklungen in besonderem Maße die Wertung der Bürger zu den vereinigungsbedingten Folgen, ihren Befindlichkeiten, ihren Hoffnungen und Befürchtungen, ihren Zufriedenheiten und Zukunftsängsten ein.

Die Publikation kann dabei auf eine einmalige Datenbasis in Bezug auf die subjektiven Befindlichkeiten der Bürger der neuen Bundesländer zurückgreifen² und steht damit in der Tradition der seit 1990 regelmäßig erscheinenden "Sozialreporte" zur sozialen Lage älterer Menschen in den neuen Bundesländern.³

1 Als Beispiele seien genannt: Lebenslagen in Deutschland - 2. Armuts- und Reichtumsbericht, Berlin 2005; 5. Altenbericht: Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft, BMFSFJ, Berlin 2005; Alterssurvey 2005, BMFSFJ, Berlin 2005; Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2005, Berlin 2005.

2 Das Sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. führt - in Fortsetzung von 1990 begonnenen empirischen Erhebungen des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR - eine jährliche repräsentative Erhebung zu den Lebensbedingungen und Lebensverhältnissen durch (zum Teil gefördert durch den Sozialverband Volkssolidarität Bundesverband e.V. sowie die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung). Die Daten 2005 entstammen der 16. Welle seit 1990.

3 Reporte (Kurzfassung - Langfassung siehe Literaturverzeichnis): Altenreport '90, Altenreport '92, Seniorenreport '94, Sozialreport 50+ 1996, 1998, 2000, 2002, 2005.

Bereits im April 1990 erschien im Auftrag des Hauptvorstandes der Volkssolidarität mit dem "Altenreport '90 - Zur sozialen Lage der Rentnerinnen und Rentner in der DDR" eine erste zusammenfassende Darstellung über die Lebensverhältnisse älterer Menschen⁴ im Osten Deutschlands. Erst zwei Jahre später (1992) wurde dann auch offiziell ein regierungsamtlicher, wesentlich umfassenderer "Erster Altenbericht der Bundesregierung"⁵ veröffentlicht. Der Altenreport der DDR ging lediglich als Fußnote in den "Ersten Altenbericht der Bundesregierung" ein, allerdings mit dem "korrigierenden" Zusatz, dass es sich um die soziale Lage der Altersrentnerinnen und Rentner in der "ehemaligen" DDR handele. Auf inhaltliche Aussagen aus dem Altenreport '90 wurde jedoch nicht zurückgegriffen. Die charakteristische West-Interpretation der Ostverhältnisse folgte von Anbeginn einem Muster, das bis in die Gegenwart immer wieder dazu herausfordert, aus der Ost-Perspektive eigenständige Veröffentlichungen über die Entwicklungen in den neuen Bundesländern vorzunehmen. Nicht um Tatsachen und Realitäten zu verdrehen, sondern um den unterschiedlichen Betrachtungsweisen eine spezifische - die der von den Veränderungen Betroffenen - hinzuzufügen. Diesem Anliegen folgt auch die Veröffentlichung der vorliegenden Arbeit.

Bis in die Gegenwart scheint das gegenseitige Verständnis zwischen Ost und West nicht zuzunehmen, sondern eher immer geringer zu werden. Das gilt in besonderem Maße für die Generationen, deren Entwicklung weitgehend von ihrem Leben in der DDR bzw. in der Bundesrepublik zwischen 1950 bis 1990 geprägt bzw. mitgeprägt wurde. Nicht zuletzt im Ergebnis einseitiger Interpretationen des Lebens in der DDR seitens der Politik und eines Teils der Medien, der Abwertung der Lebensbiografien gerade für Ältere der neuen Länder und einer nach wie vor existenten Ungleichbehandlung der Bürger in beiden Teilgesellschaften wurde letztlich keine hinreichende Integration der Menschen in die neue Gesellschaft erreicht. Die Identifikation erfolgte nicht im gewünschten Maße und ist immer wieder Gegenstand westlicher Verständnislosigkeit.

Es hat nicht selten den Anschein, als wenn Ostdeutschen nach wie vor - allein aufgrund ihrer Biografien (von Ausnahmen abgesehen) - zwar das Recht zugestanden wird, sich anerkennend zu den erfolgten Verbesserungen einer von ihnen eingeleiteten Entwicklung zu äußern, ihnen aber nicht das Recht zugestanden wird, sich gleichzeitig kritisch zur Entwicklung der vergangenen Jahre zu artikulieren.

4 Schwitzer K.-P.: "Altenreport '90: Zur sozialen Lage von Altersrentnerinnen und Altersrentnern in der DDR", erstellt im Auftrag des Hauptvorstandes der Volkssolidarität e.V. vom Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften, in: Blätter der Wohlfahrtspflege - Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit, 10+11/1990.

5 Erster Altenbericht der Bundesregierung, Deutscher Bundestag - 12. Wahlperiode, Drucksache 12/5897.

Auch die Übernahme der Spitzenfunktionen in SPD und CDU durch Ostdeutsche sollte nicht überbewertet werden, im Sinne der Akzeptanz des Ostens oder gar des Vordringens von "Ost-Eliten" in die Machtpositionen der Bundesrepublik. Es war eher die Suche nach Politikern, die nicht in die jahrzehntelangen Grabenkämpfe der Parteien in dieser oder jener Form eingebunden waren. Ob sie das eher dem Osten zugeschriebene soziale Verständnis und Verantwortungsbewusstsein einbringen können ist zu hoffen, bleibt aber abzuwarten.

Ebenso wie in den seit 1990 erschienenen "Reporten" zur sozialen Lage von Senioren bzw. Bürgern ab 50. Lebensjahr aus den neuen Bundesländern werden in der vorliegenden Publikation Altsein und Altwerden in den neuen Ländern vor allem als Resultat sozio-ökonomischer, demografischer, politischer und kultureller Veränderungen dargestellt. Gleichzeitig werden sie als ein Prozess aktiven Alterns, in dessen Zentrum ältere Menschen mit ihren Bedürfnissen und Interessen, mit ihren Ansprüchen an das Leben stehen, verstanden.

Die Darstellung der Lebensbedingungen der Älteren, der Senioren und Vorrentner in den neuen Bundesländern ist von besonderem Gewicht, da es sich um die Generationen handelt, die sowohl nach 1945, in der Zeit von 1950 bis 1990 als auch seit der Wende 1990 in besonderem Maße von gesellschaftlichen Umbrüchen betroffen waren und sind. Es sind die Generationen, die seit dem Ende des 2. Weltkrieges enorme Leistungen für die Entwicklung der Lebensverhältnisse im Osten Deutschlands aufgebracht haben und, ohne erreichte Veränderungen zu negieren - im Vergleich zu den alten Bundesländern -, nach wie vor zum Teil ungleich behandelt werden. Es sind zugleich die Generationen, in denen sich seit 1990 differenzierende Entwicklungen in höherem Maße vollzogen als in anderen Bevölkerungsgruppen.

Eine gesonderte Veröffentlichung der Lebenslagen älterer Bürger ist auch insofern erforderlich, da vorhandene Literatur und Darstellungen in dieser Hinsicht den Osten in einem hohen Maße aussparen, Entwicklungen übergehen oder übersehen bzw. einseitige Sichten verbreiten. In einer Reihe von Materialien auch neuesten Datums⁶ ist die spezifische Situation älterer Menschen im Osten, ist die Spezifik ihrer Lebensverhältnisse nicht hinreichend erkennbar. Viel zu wenig bemühen sich Politiker und Wissenschaftler, den neuen, mit der Einheit für beide Teile Deutschlands sich ändernden Lebensverhältnissen Rechnung zu tragen.

Die Schwierigkeit der nachfolgenden Ausführungen bestand darin, dass gerade in den zu betrachtenden Altersgruppen sich bedeutende demografische Veränderungen und vereinigungsbedingte Einflüsse überlagern, zum Teil kumulieren bzw. aufheben. Die Sicht der heute 60-Jährigen entspricht nicht den wahrgenom-

6 Vgl. 5. Altenbericht: Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft, a.a.O.

menen Veränderungen derer von 1990. Von den 1990 in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) wohnenden über 2,5 Millionen Bürgern ab 60. Lebensjahr leben (2005) nur noch knapp 20 %. Rd. 2,7 Millionen Bürger, die gegenwärtig 60 Jahre und älter sind, waren 1990 noch zwischen 45 und 60 Jahren alt, d.h. rd. 70 % der heutigen Seniorengenerationen sind erst im Laufe der Jahre seit 1990 in den "Seniorenstatus" aufgerückt. Sie haben nicht nur die DDR, sondern auch die deutsche Vereinigung und die Nachvereinigungsjahre unter völlig anderen individuellen Bedingungen erlebt als die damalige Rentnergeneration.

Insofern bedarf es - die Veränderungen der Lebensverhältnisse von Senioren seit 1990 darstellend - eines dreifachen Blickes: Die erfolgten Veränderungen insgesamt (gewissermaßen als Rahmenbedingung für alle Altersgruppen), die Sicht der jeweiligen Altersgruppen ab 60. Lebensjahr, d.h. derer, die 1995 oder 2000 jeweils im Alter ab 60 Jahre waren, und die Sicht der heutigen Senioren auf ihre gegenwärtige Lebenslage und die erreichten Wandlungen seit 1990 (gewissermaßen des sich vollziehenden Übergangs ins Seniorenalter).

Insofern wird in den nachfolgenden Darstellungen - soweit erforderlich - neben der allgemeinen subjektiven Reflexion sich wandelnder Lebensverhältnisse zugleich die Sicht der jeweiligen Seniorengenerationen mit den Veränderungen der Bewertungen derer verbunden, die in den letzten 15 Jahren ins "Seniorenalter" hineingewachsen sind.

Die vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. seit 1990 jährlich im Auftrag der Volkssolidarität durchgeführten Befragungen beruhen auf den Aussagen von jeweils 1.100 bis 1.300 befragten Bürgern. Sie sind repräsentativ für die neuen Bundesländer.

Die Publikation ist keine in sich geschlossene geschichtliche Betrachtung des Vereinigungsprozesses seit 1990, sie ist auch keine Bilanz der erreichten Veränderungen. Anliegen ist es, mit vorhandenen Fakten ostdeutsche Befindlichkeiten in die Diskussion einzubringen, nicht um das "Besondere" zu zementieren, sondern um es verständlicher zu machen. In diesem Sinne soll es ein Diskussionsbeitrag zum Thema der "unvollendeten Einheit" sein.

Gunnar Winkler
Januar 2006

Teil I
Aufbruch und Wandel

1 Aufbruch und Umbruch - Altersspezifik und Altersbetroffenheit

1.1 Aufbruch in eine andere Zukunft - die "friedliche Revolution" 1989/1990*

Als zum Jahreswechsel 1989/90 am Brandenburger Tor und in ganz Deutschland die erreichten Ergebnisse der friedlichen Revolution in der DDR und die sich abzeichnenden Schritte zur deutschen Vereinigung gefeiert wurden, waren es überwiegend Hoffnungen auf eine andere Zukunft, welche die 16,4 Millionen Bürger der DDR damit verbanden. Unter ihnen befanden sich auch 2,7 Millionen im Rentenalter, d.h. Frauen ab 60. Lebensjahr (2,0 Millionen) und Männer ab 65. Lebensjahr (0,7 Millionen) und rd. 5,7 Millionen Bürger, die bis 2005 ins Rentenalter bzw. das Vorrentenalter eintreten würden (Geburtenjahrgänge bis 1954).

Die zunehmende Zahl von Bürgern, die im Oktober/November 1989 an den Demonstrationen in Leipzig und anderen Städten teilnahmen, die wachsende Welle von Zufluchtsuchenden in Botschaften der BRD im Ausland, der sich vollziehende Politik- und Politikerwechsel in der SED, das rasche Erstarken demokratischer Bewegungen mit unterschiedlichen Zielen und Interessen und schließlich die Grenzöffnung als äußerer Anlass für den Prozess eines friedlichen Widerstandes gegen ein sich zunehmend diskreditierendes System - all das leitete im Osten Deutschlands eine Periode des demokratischen Aufbruchs ein, der erfolgreich und visionär, wenn auch von kurzer Dauer war. Erst die friedliche Revolution mit ihren Demonstrationen, ihren parteienübergreifenden 'Runden Tischen', ihrem Willen zur Selbstbestimmung schuf die Voraussetzungen für die politische Einheit Deutschlands.¹

Das alles hatte seine allgemeinen Ursachen nicht in der DDR - ohne spezielle Bedingungen zu leugnen -, sondern war Teil des weltweiten Zusammenbruchs des sozialistischen Macht- und Wirtschaftssystems, führte jedoch auf dem Gebiet der DDR zu einer spezifischen Lösung - im Vergleich zu den anderen Mitgliedstaaten des RGW bzw. Warschauer Paktes - in Form der politischen Vereinigung und der Übernahme der Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Es ist nicht Anliegen der nachfolgenden Ausführungen, aus der Sicht von 2005 zu klären, welches die Hauptmotive der Bevölkerung für den Wendeprozess 1989/1990

* Eine ausführlichere Darstellung liegt vor bei: Winkler, G.: 1989/1990 - Aufbruch in eine erwünschte Zukunft - zwischen Hoffnungen und Befürchtungen - Empirische Daten der Wendezeit, in: St. Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR - zwischen Revolution und Selbstaufgabe, Karl Dietz Verlag, Berlin 2004, S. 293 ff.

1 Vgl. Eckert, R.: Das historische Jahr 1990, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ (APuZ) 40/2005, S. 13.

waren - ob es vor allem Fragen der fehlenden Demokratie oder der Mangelwirtschaft und des berechtigten Strebens nach verbesserten Waren- und Dienstleistungsstrukturen, ob es Fragen der persönlichen Freiheit oder der "harten" Währung, ob es die Übernahme von Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft oder Umweltprobleme waren - letztlich bleibt, dass die Fehlentwicklungen und Widersprüche im politischen und ökonomischen System, die Widersprüche zwischen ökonomischer und sozialer Entwicklung insgesamt - und auch nicht nur in der DDR - mit Notwendigkeit die Überwindung des praktizierten Systems erforderten.

Mit dem Herbst 1989 begann eine Zeit, in der in der DDR in einem bis dahin nicht bekannten und später auch nicht wiederkehrenden Maße von vielen Bürgern unterschiedlichster sozialer Gruppen Interessen artikuliert und auf demokratischem Wege eingebracht wurden, in der sich Erwartungshaltungen auf progressive Reformen und Veränderungen herausbildeten, die wenig später kaum Beachtung fanden. Kennzeichnend war, dass von den Interessen-(Massen-)organisationen relativ wenig eingebracht wurde, sondern sich eher neu bildende und strukturierende Organisationen/Bewegungen herausbildeten. Trotzdem waren an dieser friedlichen Revolution alle Altersgruppen, die dem Kindesalter entwachsen waren, beteiligt, wenn sich das auch nicht so unmittelbar in den machtvollen Demonstrationen und Kundgebungen z.B. in Leipzig oder Berlin widerspiegelte. Diese wurden - wie sich das auch in den Medien reflektierte - vor allem von den 30- bis 60-Jährigen getragen, jenen Generationen, die sich inzwischen überwiegend im Rentenalter bzw. Vorrentenalter befinden. Die damaligen Rentnergenerationen traten optisch nicht so in Erscheinung, obwohl es eine hohe Unzufriedenheit zum Rentenniveau, dem Abstand zum Durchschnittslohn, den relativ homogenen Rentenstrukturen und den Bedingungen für Zusatz- und Sonderrenten gab. Die Einbindung älterer Menschen in die gesellschaftlichen Strukturen - z.B. zu den ehemaligen Betrieben -, "Sonderfreiheiten" des Reisens ins westliche Ausland und ein mehr oder weniger stabiles soziales Sicherungssystem glichen jedoch vieles aus.

Die Sicht der Bürger 1989/1990

Ein keineswegs unbedeutendes Nebenprodukt der Entwicklungen im Herbst 1989 war, dass erstmalig ohne Genehmigungsprozeduren Sozialwissenschaftler sich ein Bild über die subjektiven Reflexionen dieses Prozesses in der Bevölkerung machten und sie in der Öffentlichkeit unzensuriert publizieren konnten.

Unmittelbar nach Grenzöffnung am 9. November 1989 standen am Sonnabend, dem 11.11.1989, rd. 3 Millionen Bürger an den Grenzübergängen in kilometerlangen Schlangen, um die neue, unerwartete Möglichkeit eines Kurzbesuchs in Westdeutschland/Westberlin zu nutzen. Mitarbeiter des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR gingen nicht als erstes in "den Westen",

sondern führten die erste legale, nicht genehmigte Untersuchung in der DDR durch und befragten an den Übergangsstellen Bürger (wo keineswegs nur Berliner standen) nach ihren Hoffnungen und Befürchtungen².

Nach wie vor stellen die noch 1989 und Anfang 1990 durchgeführten Untersuchungen einen unverzichtbaren Fundus darüber dar, was in diesem Zeitraum von Menschen in der DDR gedacht, empfunden und erwartet wurde. Es ist aus gegenwärtiger Sicht durchaus sinnvoll, die damaligen Vorstellungen erneut zu betrachten - nicht zuletzt auch deshalb, da in der kurzlebigen Zeit der Wende 1989/1990 das was die einzelnen Bürger dachten ein anderes Bild ergibt als es 15 Jahre später nicht selten beschrieben werden wird. Zugleich belegen die subjektiven Reflexionen der Bürger, in welchem Maße und Tempo die Vorstellungen sich änderten und neuen Leitbildern "angepasst" wurden und mit welchem Druck notwendige kurzfristige Lösungen gefordert und realisiert wurden, ohne langfristige Wirkungen zu bedenken.

Methodisch kann man zwar Bedenken äußern, dass die vorliegenden Aussagen nicht repräsentativ seien. Zugegeben. Dennoch bleiben sie das Urteil von Zeitzeugen und keine Annahmen darüber, was die Bürger Ende 1989 gedacht haben (wollen und sollen).

Charakteristisch für den Aufbruch 1989 war insgesamt ein hohes Maß an Hoffnungen, welches im Besonderen bei rd. zwei Dritteln der Bürger über dem 45. Lebensjahr vorhanden war, ebenso wie Hoffnungen bei fast einem Drittel jedoch zugleich mit Befürchtungen, d.h. mit Einschränkungen verbunden wurden. Nur ein unbedeutender Teil der Bevölkerung hatte zu diesem Zeitpunkt ausschließlich Befürchtungen. Dieses Bild relativierte sich rasch, so dass bereits Anfang 1990 - mit den ersten Vorboten von zunehmender Arbeitslosigkeit und bevorstehendem "Altersübergang"³ - ältere Bürger

2 Im Nachfolgenden wurden vor allem die ersten empirischen Untersuchungen nach der Grenzöffnung und die ersten flächendeckenden repräsentativen Untersuchungen (Dezember 1989 und Januar 1990) durch das Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften sowie spezielle Untersuchungen des Frühjahrs 1990 aufgeführt:

Befragungen des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik 1989/1990:

Datum	Titel	Ort	n	repräsentativ
11.11.1989	Blitz 1	Grenzübergangsstellen Berlin u. Stadtbez.	618	nein
21.11.1989	Blitz 2	Ostberliner Stadtbezirke	490	nein
29.11.1989	Blitz 3	Ostberliner Stadtbezirke	271	nein
5.12.1989	Blitz 4	Ostberliner Stadtbezirke	457	nein
Dez. 1989	Pol. Organ.	Bürgerbewegungen in Berlin	585	nein
1.-6.12.89	Leben '89	alle DDR-Bezirke ("Spiegel"-Auftrag)	1.037	ja
Jan. 1990	Leben '90	DDR-Bezirke (ISS-Auftrag)	1.528	ja
Febr. 1990	Wahlen '89	Berlin	338	ja
Mai 1990	Soz. Sicherheit	Länder DDR		ja
Dez. 1990	ISS/Plus	neue Bundesländer	1.028	ja

3 Spezifische Form des Rentenübergangs ab 55. Lebensjahr im Gebiet der heutigen neuen Bundesländer (inkl. Ostberlin) - vgl. Abschnitt 8.1.

Tabelle 1.1: Hoffnungen und Befürchtungen angesichts der aktuellen Entwicklung - 11. November 1989 - in Prozent -

	insgesamt	davon		davon				
		Frauen	Männer	unter 24 Jahren	24 - 34 Jahre	35 - 44 Jahre	45 - 59 Jahre	60 Jahre u.dar.
Hoffnungen	48	44	52	42	45	43	61	68
Befürchtungen	3	3	4	5	2	3	5	2
sowohl als auch	48	52	44	49	54	54	32	30
i.w.n./o.Antwort	1	2	1	5		1	2	-

Datenbasis: ISS/Blitz 1, 11. November 1989

deutlich Befürchtungen äußerten (29 %). Das hohe Maß an Hoffnungen - zunächst vor allem mit der Öffnung der Grenzen und dem Einziehen innerdeutscher "Normalität" verbunden - machte schnell einer "sowohl-als-auch"-Bewertung, aber auch aufkommenden Zweifeln auf die persönliche künftige Entwicklung und Umsetzung der gewünschten Lebensplanung Platz⁴ (vgl. auch Abschnitt 7.3).

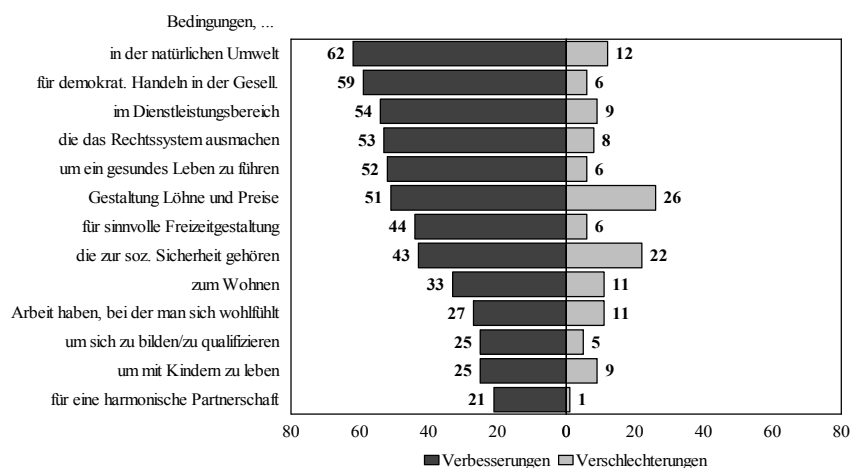
Die ersten Erwartungshaltungen prägen sicher auch in der Gegenwart noch die Bewertung des Erreichten. Die 50-Jährigen und Älteren zeichnen - im Jahr 2004 danach befragt, von welchen Annahmen sie im Zusammenhang mit dem Fall der Mauer 1989 ausgingen - ein im Wesentlichen mit damals deckungsgleiches Bild ab: 58 % sagten, dass sie insgesamt positive Erwartungen hatten, 29 % sahen retrospektiv sowohl positive wie negative Entwicklungen und 12 % gingen - aus heutiger Sicht - von negativen Annahmen aus.⁵

Mit den Hoffnungen/Befürchtungen verbunden waren für fast alle Menschen ganz konkrete und unmittelbare Vorstellungen über notwendige, erwartete Verbesserungen (erst ab 1992/1993 bauten sich die optimistischen Erwartungen ab). Die von den befragten Bürgern der Altersgruppen ab 35. Lebensjahr zu Beginn des Jahres 1990 erhofften Verbesserungen konzentrierten sich auf die Verbesserung der Umwelt (62 % - 12 % erwarteten Verschlechterungen), die Veränderung der Bedingungen für ein demokratisches Handeln in der Gesellschaft (59 % - 6 % Verschlechterungen), Veränderungen im Dienstleistungsbereich (54 % - 9 %) sowie des Rechtssystems (53 % - 8 %) (vgl. Abbildung 1.1).

4 Vgl hierzu: Winkler, G.: 1989/1990 - Aufbruch in eine erwünschte Zukunft - zwischen Hoffnungen und Befürchtungen - Empirische Daten der Wendezeit, in: St. Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR - zwischen Revolution und Selbstaufgabe, Karl Dietz Verlag, Berlin 2004, S. 301.

5 Datenbasis: SFZ, Leben 2004.

Abbildung 1.1: Erwartungen an Verbesserungen/Verschlechterungen
 - Geburtenjahrgänge 1954 und älter - Januar 1990 - DDR
 - in Prozent -



Datenbasis: ISS/Leben '90 (gew.)

Auch in den Einkommens-Preis-Verhältnissen gingen 51 % von Verbesserungen aus, allerdings auch 26 %, die vor allem Verschlechterungen auf sich zukommen sahen. Eine relativ große Zahl der Bürger hatte auch bereits negative Erwartungen in Bezug auf soziale Sicherheit (22 %), obwohl auch zu diesem Zeitpunkt die Annahme auf Verbesserungen eindeutig überwog (43 %).

Es trifft also nur bedingt zu, wenn aus späterer Sicht oft festgestellt wird, dass die Bürger generell die voraussichtliche Entwicklung nicht gesehen oder größtenteils nicht gewusst oder angenommen hätten. Die Entscheidung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung zu den Wahlen im März 1990 - die bis in die Gegenwart als Plebiszit für die Einheit gewertet wird - schloss hohe Erwartungen auf Verbesserungen in Umwelt, Demokratie und Rechtssystem ebenso ein wie auf Lebensstandardentwicklung. Sie nahm zugleich Verschlechterungen vor allem im sozialen Bereich (rd. ein Viertel ging von Verschlechterungen der sozialen Sicherungssysteme sowie der Einkommens- und Preisentwicklung aus) durchaus in Kauf. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurden in zunehmendem Maße gewünschte Freiheitsgewinne in einzelnen Lebensbereichen auf Kosten sozialer Sicherungen akzeptiert. Ein großer Teil der Bürger glaubte nicht nur an Zugewinne, sondern vor allem auch daran, dass es möglich sei, entstehende Defizite individuell ausgleichen zu können.

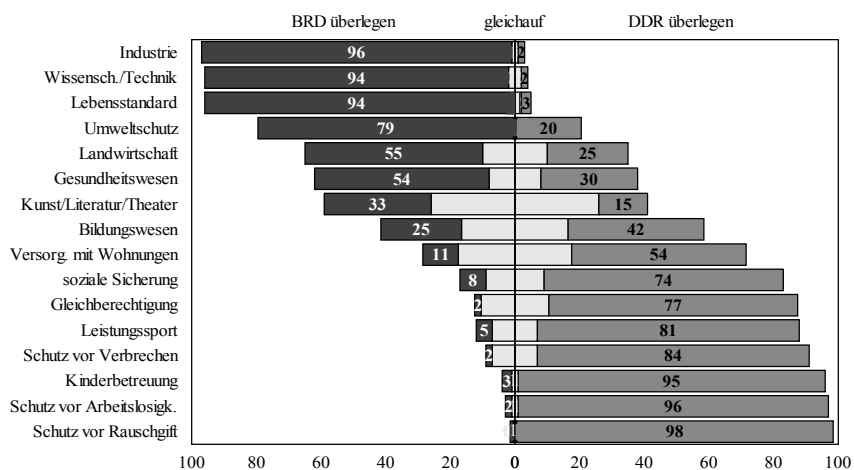
Detailliertere Analysen ergeben in allen Bevölkerungsgruppen ein relativ übereinstimmendes Bild in Bezug auf angenommene Verbesserungen und Verschlechterun-

gen. Ende 1989 durchgeführte Untersuchungen widerlegen auch die z.T. vertretene Auffassung, dass sich ein großer Teil der Bürger der DDR nicht hinreichend über die Vorteile/Nachteile der beiden sich in Deutschland gegenüber stehenden Systeme klar war. Im Dezember 1989 sahen über 90 % der Bürger ab 35. Lebensjahr in der DDR eine absolute Überlegenheit der Bundesrepublik in den Bereichen der Wirtschaft (Industrie/Wissenschaft und Technik) sowie des Lebensstandards. Das galt auch für den Umweltschutz, die Landwirtschaft und das Gesundheitswesen, die von 50 bis 70 % der Bürger als der DDR überlegene Bereiche gekennzeichnet wurden. Im Gegensatz dazu wurden der Schutz vor Arbeitslosigkeit (96 %), vor Drogen (98 %) und Kriminalität (84 %) ebenso wie das allgemeine System der Kinderbetreuung (95 %) sowie der sozialen Sicherung (74 %) und die Gleichberechtigung (77 %) in der DDR als der BRD überlegen bewertet (vgl. Abbildung 1.2).

Der Zeitraum 1989/1990 war jedoch nicht nur die Zeit eines von der Mehrheit gewünschten und herbeigeführten demokratischen Aufbruchs, sondern zugleich der Wandel in den Vorstellungen vieler Bürger über die Art und Weise sowie den Weg zum Erreichen der gewollten Ziele.

Es war offensichtlich, dass zunächst eine Mehrheit der Bürger der DDR davon ausging, die DDR zu reformieren. Noch Anfang Dezember 1989 stellten 55 % der über 35-Jährigen fest, dass ein gründlich reformiertes sozialistisches Wirtschaftssystem

Abbildung 1.2: "Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Bereiche. Bitte sagen Sie mir, ob die Bundesrepublik auf dem jeweiligen Gebiet der DDR überlegen ist, ob die DDR der Bundesrepublik überlegen ist oder ob beide gleichauf sind!" - Dezember 1989 - DDR - in Prozent -



Datenbasis: ISS/Leben '89 (gew.)

stem eine bessere Zukunft sichere als ein Wirtschaftssystem, das der Bundesrepublik ähnlich sei. Gleichzeitig hielt durchaus ein großer Teil längerfristig (innerhalb der nächsten 10 Jahre) die politische Vereinigung für erforderlich/wünschenswert. Aber bereits zum Jahreswechsel und im Januar 1990 vollzog sich ein Wechsel in den Vorstellungen zur Neustrukturierung des politischen Systems bei der überwiegenden Mehrheit.⁶

Im Februar 1990 äußerten bereits 72 % aller Befragten, dass sich die Mehrheit der DDR-Bürger die Einheit wünsche und 22 % gingen davon aus, dass es "nur" rd. die Hälfte sei. Das heißt, die künftige Einheit hatte im Denken der Bürger zu diesem Zeitpunkt bereits festen Platz ergriffen. Wie unterschiedlich auch immer die Motive der Bürger für die Einheit auch später interpretiert werden würden, letztlich konzentrierten sie sich auf eine gewünschte und gewollte Demokratisierung ebenso wie auf die rasche Verbesserung des Lebensstandards.

Es gehörte zu den grundlegenden Forderungen der Bürger der DDR, das politische System neu zu gestalten, eine prinzipielle Neuordnung der Bürgerbeteiligung am gesellschaftlichen Leben zu organisieren.

Ausgelöst durch die erneute Manipulierung von Wahlergebnissen im Mai 1989 und darauf fußende Aktionen politisch organisierter Bürgerbewegungen richteten sich die Forderungen zunächst auf eine Neugestaltung des Wahlsystems und reichten binnen kürzester Frist bis zur Forderung nach einer neuen Verfassung. Es wurde aber auch deutlich, dass die über Jahre hinweg geführte Diskussion um die Art und Weise der Gestaltung der Wahlen in der DDR und die stetig über das (West-)Fernsehen betriebene Auseinandersetzung um freie Wahlen im Wesentlichen eine Gleichsetzung und damit Reduzierung von Demokratie auf das (westdeutsche) Wahlsystem mit sich brachte.

Unmittelbar nach Grenzöffnung (11.11.1989) forderten rd. 93 % generelle Veränderungen des Wahlsystems, d.h. es gab relativ unabhängig von Alter, Geschlecht, sozialem Status und politischer Orientierung eine übereinstimmende Auffassung zu notwendiger genereller Neugestaltung des Wahlsystems.

Dabei standen vor allem drei Forderungen im Mittelpunkt, für welche die Bürger votierten: 83 % aller Befragten traten für eine öffentliche Kontrolle der Wahlen ein, 77 % für die Nominierung eigener Kandidaten von Parteien und Organisationen anstelle einer "Einheitsliste" der "Nationalen Front" und 66 % für die Pflicht zur Nutzung von Wahlkabinen. Die grundlegenden Forderungen nach Änderung der Art und Weise der Aufstellung von Kandidaten wurde von 56 % der Befragten, die sich hinter die Nominierung von eigenen Kandidaten von Bürgerinitiativen und unabhängigen Gruppen stellten, erhoben - eine Forderung, die bis in die Gegenwart nicht wirksam in das

6 Vgl. detaillierte Aussagen zu den subjektiven Befindlichkeiten in Bezug auf die deutsche Einheit in: Winkler, G.: 1989/1990 - Aufbruch in eine erwünschte Zukunft, a.a.O., S. 295-300.

bundesrepublikanische System übertragen werden konnte (zumindest nicht auf Landes- und Bundesebene). Erst die Kommunalwahlen 2003/2004 brachten in den neuen Bundesländern deutliche Zugewinne für Bürgerbewegungen bzw. Bürgerprogramme und deren Vertreter/-innen.

Vor allem ältere Bürger verbanden mit freien und geheimen Wahlen in bedeutend höherem Maße die Pflicht zur "Wahl in der Wahlkabine" als jüngere. Im Gegensatz dazu reflektierte "nicht zur Wahl zu gehen" eher eine Position jüngerer Menschen. Angehörige der "Intelligenz" vertraten mit ihren Forderungen nach freien Wahlen in hohem Maße die Entscheidung zwischen Sachprogrammen sowie den Möglichkeiten der Aufstellung eigener Kandidaten durch Parteien, Bewegungen und Organisationen.

Zugleich wurde die Bevölkerung mit einer Fülle von Programmen und Zukunftsvorstellungen der Parteien, Bürgerbewegungen und verschiedensten Organisationen überhäuft, die es dem Einzelnen nur schwer ermöglichten, vorhandene Differenzierungen zu erkennen und zu verstehen. Nicht zu übersehen ist auch, dass die Programmatik insbesondere der Bürgerbewegungen selbst eine Wende erfährt.

Nicht selten wird aus der Sicht von heute festgestellt, dass die Elite der Bürgerbewegung (von Ausnahmen abgesehen) eine geringe Rolle in der heutigen Politik spielt. Genau genommen lag in ihren ursprünglichen Konzeptionen und Programmen bereits der Kern der späteren Entwicklung und letztlich ihrer Differenzierung nach der März-Wahl 1990 zu relativ bedeutungslosen Vereinen oder ihrer Parlamentarisierung durch Parteien "einbindung" bzw. -gründung (dazu trägt allerdings möglicherweise auch die bis heute von einzelnen Repräsentanten der Bürgerbewegungen vorgenommene Vereinseitigung der DDR-Geschichte auf einen Unrechtsstaat bei). Das mag nicht unwesentlich zu einer eindeutigen Orientierung der Bürger auf das Spektrum der traditionellen Parteien des bundesrepublikanischen Systems beigetragen haben.

Für die Mehrheit der DDR-Bürger stellte sich erst im Laufe der nachfolgenden Jahre heraus, was es bedeutet, wenn das bundesrepublikanische System auf einer (mehr oder weniger) personalen repräsentativen Demokratie beruht.

Die Vorstellungen einer vorrangig/ausschließlich über interessenstrukturierte Vertreterdemokratie (z.B. in Form von Runden Tischen/Räten usw.), in der vor allem parteiunabhängige Verbände und Organisationen bzw. Einzelpersonen erforderliche Entscheidungen vorbereiten und treffen, wurden relativ schnell durch das tradierte Parteiensystem als "überflüssig" erklärt.

Der "vormundschaftliche Staat" wurde ersetzt durch "vormundschaftlich" agierende Vertreter politischer Strömungen, die spezifische Interessen sozialer Gruppen genauso wenig/genauso viel aufnehmen wie es der Durchsetzung der von ihnen vertretenen politischen Interessen nützlich ist.

Aus einer Fremdbestimmung von "oben" wurde durch die rasche Übertragung des politischen Systems und damit verbundener Bewertung und Festlegung der Art und

Weise der Lösungen eine Fremdbestimmung von "außen". Das betraf z.B. die Übertragung des bundesdeutschen Rechtssystems und die Auflösung existenter Wirtschaftsstrukturen ebenso wie den Aufbau neuer politischer Strukturen auf Landes- und Kommunalebene bei "Abwicklung" der bestehenden Verwaltungsstrukturen durch Ersetzung der Machteliten der DDR durch neue Eliten (sog. Verwaltungshilfe). Gleichzeitig erfolgte der Aufbau eines neu strukturierten Verbändesystems (Unternehmer, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Agrarverbände, Medien), welches z.B. im Bereich der Wohlfahrtsarbeit nicht nur traditionelle Strukturen aus Westdeutschland übertrug, sondern auch durch Empfehlungen auf Föderalismus und Unterschiedlichkeit von möglichen Rechtsformen vorhandene Strukturen durch ein nicht bekanntes - geschweige beherrschtes - Neuland ersetzte.

Das was sich vollzog hat bildhaft treffend H. Wollmann formuliert: Es entsprach "der Aufgabe, ein Schiff inmitten eines Orkans auf Kurs zu halten, es gleichzeitig total umzubauen, und dies mit einer weitgehend ausgewechselten Mannschaft und unvertrautem Kompaß"⁷. Das Bild wäre zu ergänzen: Wechsel der Offiziere durch Berufung von Maaten und Matrosen der alten Bundesländer zu ranghohen Offizieren (dafür aber mit Kompass-Kenntnis).

Institutionen- und Personal(Eliten-)transfer sicherten, dass Eigenständigkeit und Reformchancen gleich Null waren. "Die regierenden Kräfte der Bundesrepublik waren ... weder willens noch fähig, den Impuls (des) demokratischen Aufbruchs aufzugreifen."⁸ In der Nacht zum 3. Oktober 1990 wurde innerhalb einer Sekunde die gesamte Rechtsordnung der DDR durch die Rechtsordnung der Bundesrepublik ersetzt. Fazit bleibt: Der plebiszitäre Aufbruch Ende 1989/Anfang 1990 wurde relativ schnell zu einer fremdbestimmten und extern organisierten Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik. Der sich rasch entwickelnde Wunsch und Druck auf Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung, politische Neu- und Umgestaltung wurde begrenzt auf Nutznießung der Vor- und Nachteile der sozialen Marktwirtschaft.

Neben Forderungen zur demokratischen Umgestaltung war die Lebensstandardverbesserung bei der Mehrheit der Bürger das Hauptmotiv, das den Vereinigungswillen beeinflusste. Es war dabei keineswegs so, dass es um die Überwindung von Armut, Not und Obdachlosigkeit ging, sondern darum, dass bei einer in den 80er Jahren in der DDR erreichten Bedarfsdeckung im so genannten "Grundbedarf" das Angebot an "hochwertigen" Industriewaren und Konsumgütern nicht hinreichend war, so dass die vorhandenen und steigenden finanziellen Ressourcen der einzelnen Familien weder quantitativ und schon gar nicht qualitativ in gewünschte Waren und Leistungen umgesetzt

7 Wollmann, H.: Institutionenbildung in Ostdeutschland; Neubau, Umbau und "schöpferische Zerstörung", in: Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, KSPW, Bd. 3, Leske+Budrich, Opladen 1996, S. 47.

8 Die Doppelbiographie der Bundesrepublik, ND vom 12. März 1999, S. 14.

werden konnten. Einem vorhandenen Bedarf an Waren- und Dienstleistungsangeboten und -vielfalt standen abnehmende Möglichkeiten der Lebensstandardverbesserung gegenüber und stellten reale Begrenzungen individueller Freiheiten - nicht nur verstanden als Reisefreiheit - dar. Trotzdem wurde aus der Sicht des Einzelnen die individuelle wirtschaftliche Situation Ende 1989 noch deutlich mit gut bzw. teilweise gut bewertet, obwohl für die wirtschaftlichen Situation in der DDR insgesamt kurzfristige Verbesserungen mehrheitlich kaum noch angenommen wurden. 40 % beurteilten ihre persönliche/familiäre wirtschaftliche Situation mit sehr gut/gut, 43 % mit teilweise gut und 17 % mit schlecht/sehr schlecht. Auch die Rentnerjahrgänge bewerteten ihre wirtschaftliche Situation insgesamt zu 40 % mit sehr gut/gut und mit 40 % als teilweise gut, lagen jedoch mit 19 % schlecht/sehr schlecht leicht über dem Durchschnitt (vgl. Tabelle 1.2). Diese Wertungen schlossen keinesfalls nur das Einkommen, sondern auch die allen zugute kommenden "indirekten Leistungen" einer breit angelegten Subventionspolitik in der Konsumtion ein.

Bereits ab Mitte der 80er Jahre wurden in verschiedensten Gremien der DDR (nicht zuletzt aus dem Umfeld des Wirtschaftssekretärs des ZK der SED Günter Mittag) die Diskussionen darüber geführt, dass die Misere der DDR-Wirtschaft ihre Ursachen in einer konzeptionell falsch angelegten Sozialpolitik habe, die "mit der Gießkanne" verteile und nicht nach Bedürftigkeit, die sozialen Leistungsmissbrauch befördere, die nicht hinreichend produktivitätsfördernd sei usw. usf. (im Vergleich zu heute zeigt sich eine frappierende Übereinstimmung der Argumente über Ursachen einer krisenhaften Wirtschaftsentwicklung). Hinzu kam, dass darüber hinaus die Forderungen in der Bevölkerung immer deutlicher akzentuiert wurden, eine Einschränkung der anteilig hohen leistungsindifferenten gesellschaftlichen Konsumtion vorzunehmen - allerdings nicht zu Gunsten der Akkumulation, sondern der individuellen Einkommens-

Tabelle 1.2: Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Situation
- Dezember 1989 - in Prozent -

	sehr gut	gut	teils/teils	schlecht	sehr schlecht
gesamt	2	38	43	15	2
Geschlecht					
Frau	2	37	41	19	1
Mann	2	39	44	12	3
Alter					
unter 25 Jahren	1	30	52	11	6
25 bis 34 Jahre	1	36	40	21	2
35 bis 44 Jahre	1	38	45	15	1
45 bis 59 Jahre	2	43	40	13	3
60 Jahre u. dar.	2	38	40	17	2

Datenbasis: ISS/Leben '89 (gew.)

entwicklung. Gerade die niedrigen Renten - die rd. 90 % der Haushaltseinnahmen ausmachten⁹ - mit einer relativ geringen Differenzierung ermöglichten zwar einen gesicherten Lebensstandard auf niedrigem Niveau, gerieten aber immer mehr in Widerspruch zur Entwicklung der Erwerbseinkommen und schlossen eine gleichwertige Lebensstandardentwicklung aus.

Ohne an dieser Stelle eine Analyse der Sozialpolitik der DDR vornehmen zu wollen¹⁰, steht jedoch fest, dass sich ein relativ breiter Kreis von Bürgern hinter Forderungen nach Subventionsabbau stellte, zum Teil in der Hoffnung, damit individuelle Lebenslageverbesserungen zu erreichen. Bereits in den Jahren 1988/1989 wurde eine Reihe von in der Diskussion befindlichen Vorschlägen durch große Teile der Bevölkerung gestützt.

Die Vorstellungen zum Abbau von Subventionen bei Energie/Wasser (70 %) bzw. Mieten (60 %) waren bei einem Teil der Bürger auch davon geprägt, damit verbundene Belastungen individuell ausgleichen zu können bzw. notwendige Verbesserungen (z.B. im Bereich der Sanierungen) zu ermöglichen (vgl. Tabelle 1.3). Man ging nach wie vor von einer "vom Staat" vorzunehmenden Umverteilung und weniger von zunehmenden individuellen Belastungen aus.

In dem Maße, wie immer mehr Bürger das DDR-Wirtschaftssystem für nicht reformfähig hielten und der westlichen Wirtschafts- und Sozialordnung den Vorzug gaben, wurde auch davon ausgegangen, dass die Übernahme des bundesdeutschen Wirtschafts- und Sozialsystems weder Subventionierungen einzelner Lebensbereiche noch die Anbindung von Sozialleistungen an Betriebe/Kombinate/Einrichtungen zulässt. Der Abbau von Subventionen und sozialen Vergünstigungen war ohne Zweifel eine Forderung, die nicht zwingend auf Gegenliebe bei vielen Bürgern stieß, die aber als Bedingung für ein marktwirtschaftlich orientiertes Leistungssystem nach dem Vorbild der Bundesrepublik akzeptiert wurde.

Es bleibt festzuhalten, dass mehrheitlich bereits zu einem frühen Zeitpunkt die Beseitigung der Subventionen gestützt wurde. Allerdings waren die dabei getroffenen Überlegungen nicht davon getragen, dass man in den Subventionen Faktoren der Unzufriedenheit oder Anpassungszwänge sah. Das zu betonen ist notwendig, da zwischenzeitlich auch andere Wertungen vorgenommen wurden. Das in der DDR herrschende System der "Entmündigung" soll - so die Auffassung einzelner westdeutscher Theoretiker¹¹ - für die Bürger einen sehr großen Nutzen in Form von "weitreichenden Betreuungs-, Sicherungs- und Versorgungsleistungen geboten haben, die zuverlässig

9 Vgl. Schwitzer, K.-P.: Altenreport '90, a.a.O., S. 7.

10 Vgl. Manz, G./Sachse, E./Winkler, G. (Hrsg.): Sozialpolitik in der DDR - Ziele und Wirklichkeit, trafo verlag, Berlin 2001.

11 Vgl. Weiß, J.: Akteure und Agenten, in: Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland, KSPW: Transformationsprozesse, Leske+Budrich, Opladen 1996, S. 108.

Tabelle 1.3: Mögliche Einsparung bei sozialpolitischen Leistungen in der DDR - ab 35. Lebensjahr - November 1989 - Zustimmung in Prozent -

Subventionen für ...	
Theater/Konzerte	74
Energie/Wasser	70
Presseerzeugnisse	69
Verkehrstarife	68
Sporteinrichtungen	67
Mieten	60
Ehekredite	57
Nahrungsmittel	54
Urlaub	38
Bildung	34
Kindergeld	27
Vergünstigungen für Frauen (Hausarbeitstag/verkürzte Arbeitszeit)	23
Gesundheitswesen	9

Datenbasis: ISS/Blitz 2/1989

gewährt wurden, wenn man sich den Regeln des Systems fügte"¹². Inzwischen hat auch in den alten Bundesländern die Erkenntnis Platz gegriffen, dass soziale Sicherheit in der DDR für die Menschen (ältere wie jüngere), die sie erlebten - und sich deshalb dem System keineswegs anpassten - durchaus einen eigenen Stellenwert hatte, den sie möglicherweise - trotz aller inzwischen erfolgten politischen Etikettierung - erst nachträglich gewannen. Dass Sozialpolitik zur Verminderung, Vermeidung, Beseitigung sozialen Konfliktpotenzials beitragen sollte (was von einzelnen ehemaligen DDR-Soziologen allerdings erst nachträglich kritisiert wurde¹³), entspringt dem Hauptziel von Sozialpolitik (das auch in der sozialen Marktwirtschaft gilt): der "Sicherung des inneren Friedens in der Gesellschaft"¹⁴. Nicht das Anliegen der "sozialen Stabilität" war es, was die Sozialpolitik zu DDR-Zeiten zum Teil in Misskredit brachte, sondern es waren die fehlenden Möglichkeiten (individuelle/gemeinschaftliche) von Selbstbestimmung über deren Inhalte, Ausgestaltung, Rangfolgen und Zielstellungen, die fehlenden Möglichkeiten sozialpolitischer Interessenartikulation und gesellschaftlicher Mitgestaltung bzw. Mitbestimmung durch sozialpolitische Interessenvertretung seitens der einzelnen Verbände, Organisationen und Vereine. All das wurde jedoch letztlich mit dem Übergang auf das bundesrepublikanische System einer repräsentativen Demokratie auch nicht in vorgestelltem Maße erreicht.

12 Ebenda, S. 108.

13 Vgl. Adler, F.: Einige Grundzüge der Sozialstruktur der DDR, in: Lebenslagen im Wandel, Frankfurt a.M./New York 1991, S. 153 f.

14 Lampert, H.: Lehrbuch der Sozialpolitik, Springer Verlag, Berlin/Heidelberg/New York 1991, S.411.

Gleiches gilt für die Forderungen nach konsequenter Durchsetzung des Leistungsprinzips, die einen vorderen Platz in den mit der Wende verbundenen Erwartungen hatten. Es waren letztlich Forderungen nach Beseitigung von Verletzungen des Leistungsprinzips, die vor allem bestanden

- in unzureichenden Möglichkeiten, ein der Leistung entsprechendes differenziertes Einkommen auch in differenzierende Lebenslagen umzusetzen, d.h. nicht nur ein "Einkommen nach Leistung", sondern einen "Verbrauch nach Leistung" zu ermöglichen;
- in ungerechtfertigten Einkommensstrukturen zwischen Arbeitern, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz.

Untersuchungen¹⁵, die sich speziell dem Verhältnis von Arbeit und Leistung zuwenden, unterliegen inzwischen dem Interpretationsdruck, erklären zu müssen, wieso "die Bevölkerung der DDR sich Arbeit und Leistung stärker zu eigen gemacht" hat als die alten Bundesländer.¹⁶

Dem folgt die Erklärung: "Die Führung hat die Leistungsdifferenzierung ideologisch verpönt und den Erwerbstätigen kaum eine Chance gelassen, sich mit der Arbeit aus eigenen Antrieben zu identifizieren."¹⁷ Dem ist entgegenzusetzen:

- a) Die Leistungsdifferenzierung war nicht verpönt - offiziell wurden stets "Leistungsprinzip und leistungsdifferenzierte Entlohnung" gefordert. Der Widerspruch bestand darin, dass die vorhandenen Instrumentarien das zum großen Teil nicht ermöglichten bzw. dem entgegenstanden.
- b) Gleichmacherei war keine allgemeine Forderung, sondern setzte sich in der Praxis stärker durch als Versuche einer Leistungsdifferenzierung (es war durchaus üblich, dass Prämien leistungsdifferenzierend vergeben wurden - um der offiziellen Forderung zu entsprechen - und anschließend als Einheitsbetrag gleichmäßig auf alle Kollektivmitglieder neu verteilt wurden).

Inzwischen wurde die Erfahrung gesammelt, dass in der Bundesrepublik Diskussionen um individuelles Einkommen in den Mantel des Schweigens gehüllt werden bis zu arbeitsvertraglichen Konsequenzen bei Preisgabe der eigenen Entlohnung.

Bei nachträglichen Bewertungen zur Situation in der DDR wird oft das mehr als differenzierte Bild über die Zufriedenheiten/Unzufriedenheiten der DDR-Bürger auf den allgemeinen Nenner der vorhandenen Unzufriedenheit gebracht.

Im Januar 1990 waren mit ihrem Leben insgesamt 29 % zufrieden, 52 % teilweise zufrieden und 19 % unzufrieden. Es wird bei einer altersbezogenen Betrachtung deutlich, dass gerade die heutige Vorentnergeneration in weitaus geringerem Maße zufriede-

15 Vgl. Meulemann, H.: Arbeit und Leistung 1990, in: H. Meulemann: Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland, Leske+Budrich, Opladen 1998, S. 195 ff.

16 Ebenda, S. 103.

17 Ebenda, S. 106.

Tabelle 1.4: Allgemeine Lebenszufriedenheit - nach Altersgruppen
- Januar 1990 - DDR - in Prozent -

	alle	darunter		
		Jahrgang 1954 bis 1940	Jahrgang 1939 bis 1930	Jahrgang 1929 und darunter
sehr zufrieden/zufrieden	29	23	35	45
teilweise zufrieden	52	57	51	44
unzufrieden/sehr unzufrieden	19	20	14	11

Datenbasis: ISS/Leben '90 (gew.)

den war (23 %) als die damaligen Rentner (45 %), von denen nur 11 % unzufrieden waren.

Unzufriedenheiten wurden von den damals 35-Jährigen und Älteren (d.h. der gegenwärtig - 2005 - 50-Jährigen und älteren) vor allem geäußert hinsichtlich:

- der Umweltsituation (80 %),
- des Verhältnisses von Preisen zum Einkommen (77 %),
- des Standes der Demokratieentwicklung (50 %),
- des Dienstleistungssystems (37 %).

Zufriedenheiten weisen - wie die Tabelle 1.5 veranschaulicht - deutliche altersabhängige Differenzierungen auf. Durchgängig bewerteten die bereits im Rentenalter befindlichen Bürger die einzelnen Lebensbereiche positiver (insbesondere das Gesundheitswesen, den Dienstleistungsbereich) und werteten (sieht man von der Partnerschaft als spezifischem altersabhängigen Problem ab) nur die soziale Sicherheit erkennbar negativer - ganz offensichtlich Reflexion des praktizierten Rentenrechts.

Es gehört zu den Irritationen der Wendezeit, dass im Mittelpunkt der Unzufriedenheiten der Bürger - z.T. weit vor der Demokratie - die negative Bewertung der Umwelt sowie der Durchsetzung des Leistungsprinzips standen. Das führte dazu, dass grundlegende strukturelle Reformen - auch als Vorläufer für die alten Bundesländer - nicht im gleichen Maße erhoben wurden wie Forderungen nach verbessertem Umweltschutz.

Es muss betont werden, dass die getroffenen Aussagen keinesfalls eine umfassende Auswertung vorhandener Materialien darstellen. Es gehört jedoch zu den Problemen der Wertung des DDR-Endes, dass die (alt-)bundesdeutschen Institutionen über keine (oder nur wenige) Daten darüber verfügen, wie sich subjektive Einstellungen und Verhaltensweisen entwickelten/veränderten. Vorliegende Daten von (Ost-)Forschungsinstituten werden z.T. mit dem Hinweis auf mangelndes Vertrauen der Bevölkerung gegenüber Befragungen in "posttotalitären" Gesellschaften abgetan, obwohl die Bereitschaft, sich auch in dieser Form zu äußern, so hoch war wie nie wieder später. Vorbehalte, wie sie inzwischen gegenüber Meinungsumfragen (Unseriösität,

Tabelle 1.5: Zufriedenheit nach Lebensbereichen - nach Altersgruppen
 - Januar 1990 - DDR - in Prozent - (nur Antwort: "sehr zufrieden"/
 "zufrieden")

Zufriedenheit mit ...	Jahrgang 1954 bis 1940	Jahrgang 1939 bis 1930	Jahrgang 1929 und darunter
den Möglichkeiten, mit Kindern zu leben (18 bis 59 Jahre)	54	71	
meiner Arbeit	53	60	69
meiner Wohnung	49	58	59
der gebotenen sozialen Sicherheit	47	44	42
meiner Partnerschaft	44	41	36
dem Bildungsangebot	41	49	54
der Freizeitgestaltung	32	41	48
dem Gesundheitswesen	16	25	42
dem Rechtssystem	14	15	28
dem Dienstleistungssystem	13	15	30
dem Stand der Demokratieentwicklung	5	6	13
der Umweltsituation	1	2	8
dem Verhältnis von Löhnen und Preisen	1	2	2

Datenbasis: ISS/Leben '90 (gew.)

Angst vor Betrügnern, Angst, durch Angaben in sozialen Leistungsansprüchen gemindert zu werden usw. usf.) auftreten, spielten zur damaligen Zeit keine Rolle. Gewichtiger dürfte schon - auch aus der Sicht von heute - sein, dass die Fragestellungen von West-Einrichtungen anders waren als die von Ost-Einrichtungen; Erstere stießen z.T. auf Unverständnis bei DDR-Bürgern, die von Ost-Einrichtungen auf nachträglich festgelegte "Ideologisierungen" bzw. "Inkompetenz". Es bleibt jedoch festzuhalten: Die nach 1990 erfolgte Auflösung fast jeglicher sozialwissenschaftlicher Forschungseinrichtungen im Osten und die Übertragung von Forschungen auf "bewährte" westliche Einrichtungen und Wissenschaftler anstelle organisierter und gewünschter Zusammenarbeit erschweren bis heute ein reales Bild über das, was sich vollzog, und bleiben vielfach erneut bei ideologisierenden politischen Bewertungen stehen.

Zu den Visionen des Aufbruchs in eine neu zu ordnende Gesellschaft gehörten der Verfassungsentwurf des "Runden Tisches" ebenso wie die am 7. März 1990 von der Volkskammer angenommene "Sozialcharta", in der in einer für Deutschland bisher einmaligen Art und Weise soziale Ziele und Bedingungen einer freien Gesellschaft zusammengefasst wurden. Von der Ausgestaltung des Rechts auf Arbeit, der Demokratisierung des Arbeitslebens, der Gleichstellung der Geschlechter und Erziehung der Kinder bis zum Recht auf Wohnen und soziale Sicherungen wurden die grundlegen-

den Vorstellungen und Formulierungen als Politikorientierungen beschlossen. Sie blieben Visionen und gehören zu den von der Politik der Bundesrepublik getilgten Spuren einer kurzzeitigen Selbstbestimmung und Selbstbefreiung.

Die Sicht von heute

Inzwischen sind 15 Jahre vergangen. Kennzeichnend ist nach wie vor eine insgesamt positive Bewertung des deutschen Vereinigungsprozesses. Die erreichten Veränderungen in den Lebensverhältnissen der Bürger finden allgemeine Anerkennung, wenn auch in den letzten Jahren das Tempo des Angleichungsprozesses zurückging, zum Teil zum Stillstand gekommen ist und mit den Sozialreformen rückläufige Prozesse eintraten. Die Existenz von lebenslangen Ungleichheiten zwischen Ost und West wird inzwischen als politisches Ziel zur Kenntnis genommen.

Im Rahmen von Untersuchungen zu den Lebensverhältnissen in den neuen Bundesländern wurde Bürgern im Jahr 2004 nicht nur die Frage gestellt, welche Erwartungen sie 1989/90 hatten, sondern auch wie sie deren Erfüllung bewerten¹⁸.

Über die Aussagefähigkeit einer retrospektiven Betrachtung, in welcher die Bürger aus der Sicht der Gegenwart (2004), die Erwartungen, die sie zum Zeitpunkt des Mauerfalls hatten, also von 1989/90 einschätzen, lässt sich methodisch trefflich diskutieren, da ohne Zweifel einerseits das Erinnerungsvermögen sowohl verdunkelnde als auch erhellende Töne aufweist, wie andererseits die seitdem vergangene Zeitspanne mit den damit verbundenen gesammelten Erfahrungen - positiven wie negativen - die abgegebenen Bewertungen bewusst oder unbewusst beeinflussen. Insofern prägen natürlich gegenwärtige Lebensverhältnisse die nachträgliche Bewertung der Erwartungen von vor 15 Jahren.

Trotzdem hat eine vorgenommene retrospektive Betrachtung ihren Wert nicht allein in dem Bemühen, nachträglich zu Aussagen über Ansprüche und Erfüllung wichtiger Seiten des Vereinigungsprozesses zu gelangen, sondern insbesondere für das Verständnis von Haltungen und Befindlichkeiten der Bürger der neuen Bundesländer in der Gegenwart (z.B. für Demonstrationen gegen Hartz IV, bei Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen usw.). Nicht zuletzt deshalb, weil Zufriedenheiten und Erwartungen in der Gegenwart nicht unmaßgeblich von den bislang erfolgten Ergebnissen des Transformationsprozesses in den neuen Bundesländern und seinen Wirkungen auf den Einzelnen bestimmt werden.

Aus der Sicht des Jahres 2004 gaben 58 % der ab 50-Jährigen an, seinerzeit positive Erwartungen gehabt zu haben und nur 12 % gingen von einer negativen Entwicklung aus, während sich 29 % für sowohl als auch entschieden.

¹⁸ Nachfolgende Aussagen stützen sich auf die Erhebung des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg e.V. (SFZ) "Leben 2004".

Tabelle 1.6: Bewertung der Erwartungen und Veränderungen seit 1990 - ab 50. Lebensjahr* - 2004 - neue Bundesländer - in Prozent** -

	Erwartungen 1989			Haben sich Ihre Erwartungen erfüllt?		
	positive	sowohl als auch	negative	besser als angenommen	wie angenommen	schlechter als angenommen
insgesamt (ab 25. Lebensjahr)	58	31	9	11	23	62
darunter nach dem Alter						
50 bis 59 Jahre	50	35	14	9	22	68
60 Jahre u. dar.	63	24	11	6	22	66

* Befragte, die mit "trifft für mich nicht zu" antworteten, wurden in die nachfolgende Tabelle nicht einbezogen

** Differenz zu 100 = ich weiß nicht/ich weiß nicht mehr

Datenbasis: sfz/leben 2004 (gew.)

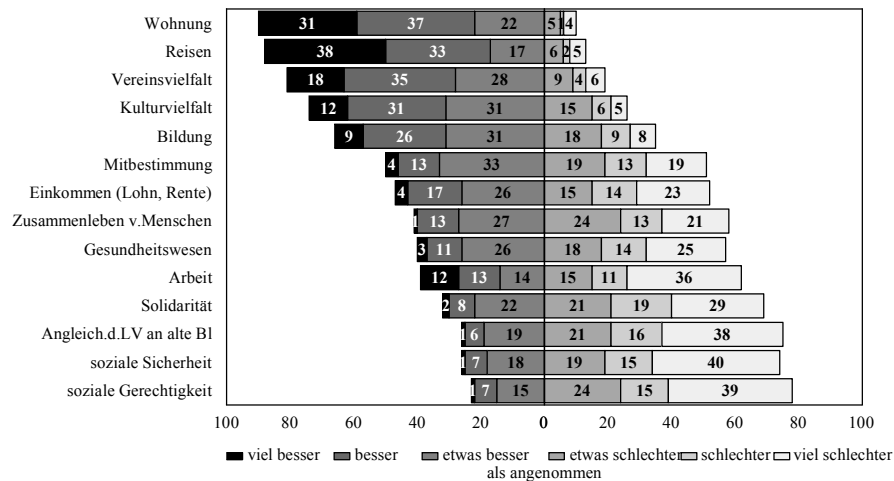
Das verdeutlicht auch aus der Sicht des Jahres 2004 das hohe Maß an positiven Erwartungen, das mit dem Demokratisierungsprozess und der Vereinigung 1989/90 verbunden war. Diese Aussagen erlangen jedoch erst im Zusammenhang mit der bewerteten Erfüllung eine entsprechende Aussage.

Von den Befragten ab 50. Lebensjahr gaben insgesamt 7 % an, dass sich ihre Erwartungen mehr als erfüllt haben, bei 22 % deckten sich Annahmen und Erfüllung und 67 % äußerten, dass ihre Erwartungen schlechter als angenommen erfüllt wurden (altersabhängige Einflüsse sind zu vernachlässigen). "Schlechter als angenommen" ist auch keineswegs nur auf jene begrenzt, die von vornherein positive Erwartungen hatten, sondern reflektiert sich übereinstimmend sowohl bei den Befragten mit positiven wie negativen Erwartungen, d.h. ist eine "Allgemeinbefindlichkeit". Dabei zeichnen Frauen ein kritischeres Bild, sie gehen in höherem Maße davon aus, dass sich ihre Erwartungen schlechter als angenommen erfüllt haben (71 %; Männer = 61 %).

Eine notwendige differenzierende Betrachtungsweise wird ermöglicht, wenn einzelne Lebensbereiche/-verhältnisse einer Wertung unterzogen werden (vgl. Abbildung 1.3). Dabei lässt sich verallgemeinernd feststellen, dass es drei unterschiedliche Wertungsbereiche gibt:

- Bereiche mit einer durchgängig hohen positiven Bewertung der eingetretenen und erwarteten Veränderungen, relativ unabhängig von sozialstrukturellen und sozio-demografischen Abhängigkeiten. Das betrifft insbesondere die Bereiche Wohnen, Reisen, Vereins- und Kulturvielfalt. Hier gibt es eine unübersehbare Anerkennung der erfolgten Veränderungen, der Anteil negativer Wertungen ist gering. Das gilt auch in abgeschwächter Form für den Bereich der Bildung.

Abbildung 1.3: "Meine Erwartungen in der Wendezeit in Bezug auf mein Leben haben sich in den einzelnen Lebensbereichen ... erfüllt" - ab 50. Lebensjahr - 2004 - neue Bundesländer - in Prozent* -



* Differenz zu 100 = trifft nicht zu
 Datenbasis: sfz/leben 2004 (gew.)

- Bereiche, in denen sich positive und negative Bewertungen ausgleichen mit zum Teil geringer sozio-demografischer Differenziertheit. Das betrifft die Bereiche Mitbestimmung und das Zusammenleben von Menschen, aber auch ausgeglichene Bereiche mit starker Differenzierung nach Erwerbsstatus, Geschlecht und Alter, wie die Bereiche Einkommen, Gesundheit und Arbeit.
- Bereiche mit eindeutig negativer Bewertung der Realitäten im Vergleich zu den Erwartungen bei einem hohen Maß an übereinstimmenden Aussagen. Das betrifft genau genommen die sozialen Grundwerte Solidarität, soziale Gleichheit/Ungleichheit (im Sinne der Angleichung der Lebensverhältnisse Ost an West), soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit.

Insgesamt ist hervorzuheben, dass es eine sichtbare hohe Übereinstimmung in den grundlegenden Aussagen gibt. Anerkannte Veränderungen werden ebenso wie als unzureichend eingeschätzte Entwicklungen auf im Wesentlichen einheitlichen Niveau durch soziale Hauptgruppen bewertet.

Die Bürger der neuen Bundesländer halten die 1990 eingeleitete Entwicklung nach wie vor für richtig, setzen sich jedoch kritisch nicht nur mit den Jahren vor 1990, sondern auch der Art und Weise und den erreichten Ergebnissen des Vereinigungsprozesses seit 1990 auseinander. Sie haben das 1989/90 erworbene Selbstbewusstsein wiedererlangt.

1.2 Von Veteranen zu Senioren - das Altenbild im Wandel

Wie oft wird bei der Beurteilung von Teilnehmern an Gesprächsrunden festgestellt: "Der sah aber alt aus", wie oft hat man es auch schon selbst gesagt, ohne sich dabei bewusst zu sein, dass damit nicht "alt und weise", sondern "alt und unwissend", "alt und unkonzentriert", "alt und den Anforderungen nicht gewachsen" miteinander verbunden werden. Es wird ein zum Teil über Jahrhunderte geprägtes defizitäres Altenbild gedankenlos übernommen.

Nach wie vor wird "alt zu werden" in der Öffentlichkeit weniger als Ergebnis wissenschaftlich-technischen, medizinischen und sozialen Fortschritts bzw. veränderter und verbesserter Lebensverhältnisse dargestellt, sondern eher als Last für die Gesellschaft, als Belastung für die Haushalte, als Belastung für die pflegenden Angehörigen usw. "Altenlast" ist ein offiziell gebrauchter Begriff in der Statistik, der belegen soll, welche "Last" die Erwerbsgeneration zu tragen hat. Was nützt sozialer und medizinischer Fortschritt, wenn er mit Begriffen wie "Überalterung" verbunden wird (im Sinne von "zu viel" wie bei Überangebot, überzogen, übermäßig).

Es erhebt sich insgesamt die Frage: Wie alt darf man werden, damit die Gesellschaft nicht "überaltert", und wer ist zu alt? Dabei ist es für jeden Menschen - auch den 70- oder 80-Jährigen - immer noch ein erstrebenswertes Ziel, viele Jahre ein menschenwürdiges Leben zu führen. Offensichtlich stehen individuelle Vorstellungen und gesellschaftliche "Leitbilder" zum Alter nicht in völliger Übereinstimmung. "Alt wie ein Baum möchte ich werden", heißt es in einem der bekanntesten Lieder der "Puhdys". Was ist erstrebenswert - früh zu sterben oder alt zu werden? Die Mehrheit - nicht nur Älterer - wird Letzteres eindeutig mit ja beantworten.

Eine Landesregierung wie Berlin, an deren Spitze ein "Senat" - d.h. ein "Rat der Älteren" steht und in der "Senatoren" regieren, ist sicher (noch) ein Relikt der Akzeptanz von Weisheit des Alters. Inzwischen kämpfen "junge" Politiker gegen die "Alten". Im 2005 neu gewählten Bundestag sind 15 Abgeordnete von 622 älter als 65 Jahre.

Altern und Altersbilder

Der Prozess des Alterns ist ohne Betrachtung jener Ursachen und Grundlagen, aus denen sich die soziale Stellung der älteren Menschen in der Gesellschaft ergibt sowie daraus abgeleiteter Normen und Vorstellungen vom Alter in der Gesellschaft, nicht möglich. Hierzu gehören die Lebensbedingungen älterer Menschen ebenso wie ihre sozialen Beziehungen, ihre Bedürfnisse, Interessen und Wertorientierungen, aber auch ihr Sozialverhalten. Die Hervorhebung des sozialen Aspekts verkennt keineswegs die Bedeutung der mannigfaltigen körperlichen und psychischen Prozesse, sondern folgt dem Gedanken, dass auch die einzelnen Altersphasen nach dem Erwerbsaustritt sozial determiniert sind und nicht erst wieder die "Pflegephase".

Zum Altsein, dem Altern und den Alten gibt es eine umfangreiche Literatur, Sprichwörter und wissenschaftliche Arbeiten. Als allgemein übereinstimmend wird dabei das Altern als ein lebenslang andauernder Prozess von biotischer, sozialer und psychischer Entwicklung des Einzelnen verstanden, der sich unter ganz unterschiedlichen Lebensbedingungen, aber innerhalb bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse vollzieht und zugleich auf Entwicklung und Entwicklungsniveau der Gesellschaft zurückwirkt.

Natürlich schließt das ein, dass menschliches Altern einen für den Einzelnen sehr unterschiedlich verlaufenden Prozess darstellt. Die Organe und Organsysteme des Menschen altern nicht gleichmäßig, sondern asynchron, d.h. zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Das kalendarische Alter des Einzelnen korreliert oft nicht mit dem biologischen Alter, so dass es große individuelle Differenzierungen im Alternsverlauf gibt.

Alterung ist ein differenziert verlaufender Prozess, der sich nicht einseitig nur als Tätigkeitsverlust, Funktionsminderung und Aktivitätsrückgang beschreiben lässt.

Ausgewählte Sprichwörter zu Alter, den Alten und Altsein

<i>positiv</i>	<i>negativ</i>
Alt an Jahren hat viel erfahren. Alte Freunde und Wege soll man nicht verlassen. Alte Freunde und alter Wein sind am besten. Alte Stämme, gute Früchte. (Wert der Erfahrung) Alt möchte jeder gern werden, aber alt sein mag niemand auf Erden. Das Alte behalte. Junges Alter ist gut, alte Jugend taugt nicht. Es gibt mehr junge Greise als alte. Auch das Alter hat seine Freuden. Man ist so alt, wie man sich fühlt. Wer nicht alt werden will, muss sich jung hängen lassen.	Alte Besen wirft man ins Feuer. Alte Fehler halten fest. Alte Häuser haben trübe Fenster. Alte Leute, alte Leiden. Alte Pferde haben steife Beine. Altes klappert, Neues klingt. Alte Ware gilt nichts. Alt genug und doch nicht klug. Das Alte muss dem Neuen weichen. Je öller, je dölller. Was alt ist, brummt gern.
Es ist gut alt werden, wo man das Alter in Ehren hält. Bei den Alten ist man gut gehalten. Kein Alter ohne Jugend. Die Klugheit ist die Tapferkeit der Alten. Wer guten Rat will, frage die Alten.	Narren und Alten muss man viel zugute halten. Zehn alte Weiber, elf Krankheiten Alter schützt vor Torheit nicht. Das Alter bessert sich nicht. Das Alter ist geschwätzig.
Alter bringt Erfahrung Wer das Alter nicht ehrt, ist des Alters nicht wert.	Das Alter ist ungelehrig.

Quelle: H. und A. Beyer, Sprichwörterlexikon, VEB Bibliografisches Institut, Leipzig 1984, S. 32 bis 36

Persönlichkeitsentwicklung setzt sich auch in einem Lebensalter fort, in dem das physische und psychische Leistungsvermögen auf bestimmten Gebieten nachlassen. Altern bedeutet nicht zwangsläufig Abnahme der sozialen Leistungsfähigkeit, sondern ist für fast alle Menschen eine wertvolle Lebensphase, die neue Lebensäußerungen und Beziehungen, Aufgaben und Erfahrungen ermöglicht. Auch im Alter bestimmt einerseits das Verhalten des Einzelnen in hohem Maße seinen Lebensstil, seine persönliche Lebensführung und -gestaltung, bestimmen Tempo und Modalitäten des Alterns und beeinflussen Gesundheitszustand und Lebenserwartung. Andererseits wird die Qualität des Alterns maßgeblich von den von der Gesellschaft gesetzten Rahmenbedingungen - Alterssicherung, soziale und kulturelle Infrastruktur, gesellschaftliche Mitwirkungsmöglichkeiten - bestimmt.

Die soziale Stellung, welche ältere Menschen in der Gesellschaft einnehmen, die Funktionen, die sie in der Gesellschaft ausüben bzw. die ihnen zugestanden werden, verändern sich im Verlauf der Geschichte. Jede Gesellschaft entwickelt, entsprechend ihrem politischen, kulturell-moralischen und ideologischen Selbstverständnis, spezifische Wertvorstellungen, Leitbilder und Maßstäbe. Jede Gesellschaft prägt ihre Altersbilder¹⁹. Das vorherrschende Altenbild einer Gesellschaft charakterisiert in zusammenfassender Form die Rolle, den Stellenwert, den ältere Menschen in der und für die Gesellschaft haben. Die "Jüngeren" haben ihr Bild von den "Älteren" - wie umgekehrt. Die politischen Parteien und die ihnen zugrunde liegenden Weltanschauungen prägen Altersbilder ebenso wie Medien und Werbung.

Maler und Bildhauer haben Altersbilder in Form von "Lebenstrepfen" oder "Lebensbrücken" umgesetzt²⁰. Mehrheitlich belegen sie bereits seit Jahrhunderten den Aufstieg bis zum 50. Lebensjahr und den danach erfolgenden Abstieg - in der Regel die pflegende Rolle der Frau für den älteren Mann hervorhebend. Lebenstrepfen der Gegenwart müssten eher von einer verlängerten Jugend durch späteren Berufs- und Ausbildungseintritt, einer späteren Familiengründung bei reduzierter Kinderzahl und einem bis zum 60./65. Lebensjahr erfolgenden Erwerbsleben - auch für Frauen - ausgehen, dem sich mehrheitlich noch rd. 15 Jahre aktiven Lebens anschließen, ehe der "Abstieg" beschleunigt eintritt.

Vergleiche über die Jahrzehnte verdeutlichen, dass bis in die Gegenwart das "klassische" Altenbild, das insbesondere körperliche und geistige Defizite hervorhebt, keineswegs überwunden ist. Die jetzt beklagte "Frühverrentungspraxis" der früheren Bundesrepublik reflektierte die Haltung der Gesellschaft zu einem generell unterstellten "Nachlassen des Leistungsvermögens" in besonderer Weise. Die in der Gegenwart

19 Eine zusammenfassende Darstellung der Geschichte von Altersbildern vgl.: Tews, H. P.: Altersbilder - über den Wandel und Beeinflussung von Vorstellungen und Einstellungen zum Alter, Kuratorium Deutsche Altershilfe, Köln 1991.

20 Vgl. Die Lebenstreppe - Bilder der menschlichen Lebensalter, Schriften des Rheinischen Museumsamtes, Nr. 23, Köln 1983.

geführten Diskussionen um die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters resultieren nicht aus einem zunehmenden Verständnis über Leistungsfähigkeit im Alter, sondern reflektieren fast ausschließlich Überlegungen zur Senkung der Rentenausgaben.

Viele Bürger, die über das 65. Lebensjahr hinaus noch tätig sind, werden mit dem Satz konfrontiert: "Du arbeitest ja immer noch!" oder "Wann willst du denn aufhören?" usw. Es ist z.T. der indirekte Vorwurf, den Jüngeren Arbeit wegzunehmen, bei Familienmitgliedern mehrheitlich aber auch Sorge, dass ein generell unterstelltes abnehmendes körperliches Leistungsvermögen nicht mehr hinreichend zur Bewältigung der beruflichen Tätigkeit bzw. eines "normalen" Lebensvollzugs ist. Die Haltung zum Alter wird nicht davon bestimmt, lange aktiv zu sein (gleich in welchen Formen), sondern geprägt durch abnehmende geistige und körperliche Fähigkeiten und Möglichkeiten. Die stete Betonung, dass mehr Menschen immer älter werden, hat (noch) nicht zu einem gewandelten Altenbild geführt, obwohl Veränderungen erkennbar sind.

Natürlich erfolgt das Altern bei jedem einzelnen Menschen unter unterschiedlichen objektiven und subjektiven Bedingungen und Voraussetzungen. Demzufolge bilden die älteren Menschen keine homogene sozial-demografische Gruppe, sondern vereinen in sich sowohl gemeinsame als auch differenzierende individuelle Merkmale. Erstere ergeben sich aus der gleichzeitig verbrachten Lebenszeit (Generationenzugehörigkeit), d.h., als Angehörige ihrer Generation haben sie ihre Lebensphasen Kindheit, Jugend, Erwachsenenalter unter gleichen historischen Bedingungen verbracht und demzufolge einen gemeinsamen Erfahrungshintergrund, wie Weltkrieg(e), Wirtschaftskrisen, unterschiedliche Gesellschaftssysteme, Art und Weise der Sicherung elementarer Lebensbelange (soziale Sicherheit) u.a. Soziale Differenzierungen resultieren aber auch aus der Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen, dem Geschlecht, dem Familienstand, der Wohnumwelt (Stadt/Land) und sich daraus ergebenden unterschiedlichen materiellen Lebensbedingungen und -tätigkeiten, Milieus, sozialen Beziehungen und Erfahrungen, Bedürfnissen, subjektiven Reflexionen und Wertorientierungen, Lebensstilen usw. Zu den gemeinsamen Merkmalen zählt auch, dass sie als Angehörige einer Generation mit dem kalendarischen Alter eine Lebensphase erreichen, die mehrheitlich zu einem Wandel der sozialen Funktionen und Beziehungen führt und durch besondere soziale Situationen (Entlastung von beruflichen Aufgaben, z.T. Verlust des Lebenspartners, Einschränkung der sozialen Beziehungen auf einen kleiner werdenden Personenkreis usw.) gekennzeichnet sind.

Das Altenbild in der DDR

Es ist aus heutiger Sicht schwer, einen Vergleich des Altenbildes der Gegenwart mit dem der Zeit vor 1989 in der DDR zu ziehen. Das nicht nur, da sowohl systematische Forschungsarbeit auf diesem Gebiet fehlt,²¹ sondern auch, da vieles, was das Leben

21 Vgl. Tews, H.P.: Altersbilder - über den Wandel..., a.a.O., S. 62.

der Menschen in den neuen Bundesländern vor 1990 ausmachte, sowohl einer inneren als auch von außen vorgenommenen Um- bzw. Neubewertung unterliegt. Zumindest ist - wie das "Ampelmännchen" im Straßenverkehr - umgangssprachlich der aus der DDR stammende Begriff des "älteren Bürgers" bzw. der "älteren Bürgerin" bis heute erhalten geblieben.

Es ist unbestritten, dass sich bis 1989 die Interessen der damaligen Partei- und Staatsführung mehr dem arbeitenden Teil der Bevölkerung zuwandten als den älteren Generationen. Eine spezifische Altenpolitik, die sich umfassend an den Bedürfnissen älterer Menschen orientierte, existierte de facto nicht.²² Es wurde generell unterstellt, dass sozialpolitische Entscheidungen sich nicht gegen die Interessen einzelner sozialer Gruppen richten würden. Es war mehr als eine sprachliche Begrifflichkeit, dass entsprechende sozialpolitische Maßnahmen sich auf die "Veteranen der Arbeit"²³ konzentrierten. Damit standen lebenslang erbrachte Arbeitsleistungen und auch nach Erreichen des Renteneintrittsalters zu erbringende Leistungen im Zentrum. Selbst damals gebräuchliche Begrifflichkeiten wie "Werkstätige im höheren Lebensalter" verweisen auf den engen Kontext, den Erwerbsarbeit für das Altern hatte.

Das heißt nicht, dass das sozialpolitische Leistungssystem den Interessen Älterer generell entgegenstand, aber es war stets arbeitsorientierten Erfordernissen nachgeordnet. Fast alle DDR-Bürger erinnern sich an die ständigen Diskussionen um Leistungsverhältnisse und -umfang sozialpolitischer Maßnahmen zwischen jüngeren und älteren Menschen. Dabei sollte aber auch nicht verschwiegen werden, dass die Bereitschaft Älterer, zu Gunsten Jüngerer zurückzustehen, damals höher ausgeprägt war, da nicht davon ausgegangen wurde, dass Einsparungen nur einer Ober- oder Führungsschicht zugute kämen.

Auch in der Altenarbeit erfolgte eine arbeitszentrierte Ausrichtung, d.h., dass völlig im Gegensatz zur sonstigen zentralistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik die Betreuung älterer Menschen auf die Betriebe und sehr begrenzt auf kommunale Ebenen (z.B. den Wohlfahrtsverband "Volkssolidarität") verlagert wurde. Der Begriff "Veteranen der Arbeit" stellte sowohl den Bezug zur Wertschätzung geleisteter Arbeit dar als auch die Verpflichtung für die Betriebe, sich um "Ausgediente" zu kümmern. Die Betriebe und Einrichtungen nahmen dies im Maße ihrer wirtschaftlichen Effizienz wahr bzw. mit staatlicher finanzieller Unterstützung. Das Spektrum der Aktivitäten reichte von der kulturellen, gesundheitlichen und sozialen Betreuung bis zur Teilnahme am betrieblichen Werkessen und der Vergabe von Ferienplätzen. Betriebliche Bindung und Einbindung war eine keineswegs zu unterschätzende soziale Beziehung älterer Menschen in der Gesellschaft und durchaus Identität stiftend. Wenn auch aus

22 Vgl. Schwitzer, K.-P.: Senioren, in: Sozialpolitik in der DDR, a.a.O., S. 337.

23 Vgl. Stichwort "Veteranen der Arbeit", in: Lexikon der Sozialpolitik (Hrsg.: G. Winkler), Akademie-Verlag, Berlin 1987, S. 407.

heutiger Sicht unterschiedlich bewertet, so ist doch offenkundig, dass z.B. die Hilfe und Unterstützung Älterer durch Hausbewohner, durch ehemalige Arbeitskollegen usw. keinen unbedeutenden Raum einnahmen und als soziales Eingebundensein empfunden wurden.

Es war - bei Akzeptanz aller vorhandenen Probleme - keineswegs ein Leben zwischen Entbehrung und Luxus, zwischen Isolation und Integration - es war für die überwiegende Mehrheit ein nach vollzogenem, sinnerfülltem Arbeitsleben sich auf fast egalisiertem, niedrigem materiellen Lebensniveau räumlich begrenzt vollziehender "Ruhe"stand.

Dabei ist nicht zu übersehen, dass das Fehlen entsprechender äußerer Rahmenbedingungen (Reisemöglichkeiten, Vereinskultur u.a.) Grenzen aktiven Handelns im Alter setzte. Ebenso galten allgemeine Defizite demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten natürlich in besonderem Maße für die älteren Bürger (so gab es auch im Rahmen der Einheitslisten der Nationalen Front zu den jeweiligen Wahlen keine Einbeziehung z.B. der "Volkssolidarität"). Insgesamt ist festzustellen, dass das offizielle Altenbild eher einem "westlichen" Standard folgte: Der "zu betreuende" ältere Bürger stand im Mittelpunkt, aktiv zu sein im Alter war auf Arbeit im Alter und auf Weitergabe von politischen Lebenserfahrungen an Jüngere durch einige Wenige begrenzt.

Es ist aber auch nicht zu übersehen, dass ältere Menschen selber davon ausgingen, dass man so lange arbeitet wie man will, kann und (aus finanziellen Gründen) muss (vgl. Abschnitt 8.1). Man zog sich nach getaner Lebensarbeit zurück, nicht um Jüngeren Platz zu machen oder weil man das Gefühl hatte, nicht mehr gebraucht zu werden, sondern um seinen Lebensabend "in Ruhe" zu genießen. Der permanent existierende und erzeugte "Arbeitskräftemangel" gab vielen Älteren das Gefühl, dass auch ihre Arbeitsleistung benötigt wird.

Damit kommt ein nicht unwesentlicher Widerspruch im Leben von DDR-Rentnern zum Ausdruck. Der Einzelne wurde gebraucht, keiner wurde "ausgesondert", aber die Sorge der Gesellschaft ging an vielen spezifischen Problemen Älterer oft vorbei. Allerdings ist auch hervorzuheben, dass das gesellschaftliche Bild vom Alter nicht durch Aspekte wie "Alterslast", "Überalterung" oder Probleme der "Verteilungsgerechtigkeit" zwischen den Generationen geprägt wurde.²⁴

Wie auch immer Einzelurteile von Außenstehenden ausfallen mögen, es ist unbestritten, dass die heute über 50-Jährigen, die über 35 Jahre ihres Lebens in der DDR verbrachten, sich ihrer Arbeit, ihres gelebten Lebens nicht zu schämen brauchen, ebenso wenig wie sie sich schämen müssen, wenn sie heute - im Ergebnis eines Lebens mit anderen angeeigneten Werten und Verhaltensweisen - das, was sich vollzieht, anders bewerten als man es oft von außen erwartet.

24 Vgl. Schwitzer, K.P.: Senioren, a.a.O., S. 338.

Das Leben der Älteren in den neuen Bundesländern war bis 1990 keine 40-jährige Geschichte von Irrtümern und Fehlern, es war vor allem mehrheitlich durchaus bewusste Gestaltung ihrer individuellen (und damit auch von gesellschaftlichen) Lebensbedingungen. Dass sich dies unter anderen Bedingungen als im Westen vollzog, ist unbestreitbar. Wie weit der Einfluss des Einzelnen reichte oder wahrgenommen werden konnte, gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu verändern, unterscheidet wahrscheinlich ältere Menschen im Osten und Westen noch am wenigsten.

Der Aufbau der durch den faschistischen Krieg zerstörten Wirtschaft, die Sicherung eines für den Ostblock durchaus nicht charakteristischen hohen Lebensniveaus in der DDR, die von der Mehrheit praktizierte Gestaltung von zwischenmenschlichen Beziehungen der Achtung und Anerkennung des anderen, alles das sind vor allem Ergebnisse der Arbeit und des Wirkens der heutigen Generationen über dem 50. Lebensjahr.

Das Altenbild der 90er Jahre im Wandel

In einem keineswegs wahrgenommenen Maße war/ist das Altenbild im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Nützlichkeit auch im Westen arbeitsabhängig bestimmt. "Man scheidet aus Altersgründen aus der Arbeit aus", "wenn man 45/50 ist, findet man aus Altersgründen keine Arbeit", "ich bin zu alt, um Arbeit zu finden" - all das sind nicht nur Sprachregelungen, sondern Realitäten einer sich am "Nutzen" der Arbeitskräfte orientierenden Marktwirtschaft. Dass die Arbeitsmarktsituation Älterer in den neuen Bundesländern besonders extrem ist, muss nicht hervorgehoben werden.

Insofern hat die Vereinigung in den neuen Ländern zu einem völlig neuen Selbstverständnis von "alt fühlen" und "alt sein" geführt, das sich mit der vom Einzelnen nicht oder kaum beeinflussbarer Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt verbindet. Man ist alt, nicht weil man nicht arbeiten kann oder will, sondern weil es keine Arbeit für diese Altersgruppen gibt. Ein sich ausschließlich an "Arbeit" - im Sinne von Erwerbsarbeit - orientierendes gesellschaftliches Leitbild verweist "Alter" auf dessen "Nutzlosigkeit" für die Gesellschaft.

Dabei gilt insbesondere für die neuen Länder, dass die mit Erreichen des Vorruhestandes mögliche "freiwillige" Aussonderung aus dem Erwerbsleben mehr "soziale Sicherheit" bietet als arbeitslos zu sein. Niedrigere, aber - zumindest gegenwärtig gesicherte - Renten erscheinen damit als ein anzustrebendes Ziel. Aber in zunehmendem Maße gilt, dass die Anzahl der geleisteten Arbeitsjahre und das dabei erzielte Arbeitseinkommen ebenso wie Jahre der Arbeitslosigkeit individuelle Lebenslagen im Alter beeinflussen.

Die Bürger in den neuen Ländern wurden zunächst mit einem "offiziellen" Altenbild konfrontiert, welches das Defizitäre im Alter stark betonte. Zugleich begann in den 90er Jahren die Diskussion um ein Altenbild, welches nicht vorrangig durch Krankheiten, abnehmende Leistungsfähigkeit, Betreuung und Pflege gekennzeichnet war,

sondern mit steigender Lebenserwartung und zeitigerem Einstieg ins Rentenalter zunehmend die "aktiven" Alten, die Gesunden in den Mittelpunkt zu rücken versuchte, ohne notwendige Betreuung außer Acht zu lassen. Der Fünfte Altenbericht der Bundesregierung ist geprägt durch den Wechsel zu einem Altenbild, das vor allem die Potenziale des Alters hervorhebt.²⁵

Die Menschen leben nicht nur länger, sie sind auch länger gewillt und fähig, aktiv zu sein. Wird jedoch in der Gesellschaft vom Alter geredet, wird nach wie vor und zum Teil stärker als früher vor allem über den zunehmenden Anteil zu pflegender "Hochaltriger" (gemeint ist ab 80. Lebensjahr) gesprochen, über Demenz, über die Lasten der Pflegekassen, aber weniger über die zunehmende Zahl von aktiven, ihr Leben selbst gestaltenden mündigen älteren Bürgern.

Wie Leitbilder gesetzt werden, verdeutlichen auch Aussagen wie: Noch nie ging es den Älteren so gut wie heute. Natürlich geht es ihnen besser als ihren Eltern- und Großelterngenerationen. Letzteres wird von einzelnen Politikern manchmal so betont, als wenn sich die Älteren deshalb schämen sollten. Aber ist es nicht normal, dass es Älteren von heute besser geht als den vor ihnen Lebenden? Das gilt aber für alle Generationen. Auch den im Erwerbsleben Stehenden geht es heute besser als denen vor 30 oder 50 Jahren. Schlechter geht es nicht den Jüngeren, sondern denen, die keine Arbeit haben. Eltern gehen immer davon aus, dass es ihren Kindern einmal besser gehen soll. Das schließt doch nicht ein, dass es den Eltern später schlechter gehen sollte. Die Argumentationen entsprechen einer defizitären Finanzpolitik.

Mit den Zwängen notwendiger Umstrukturierungen der finanziellen Aufwendungen für Sozialleistungen erfolgte insbesondere zu Beginn des neuen Jahrtausends eine erneute Nuancierung hin zu einem Altenbild, welches den "Kosten/Beitrag treibenden" älteren Bürger, den immense finanzielle Leistungen verschlingenden älteren Menschen ins Zentrum rückt. Die angeblich generell über hohe Einkommen und Vermögen verfügenden Senioren fordern Leistungen vom Staat (d.h. vom jüngeren Steuer und Sozialversicherung Zahlenden) ab, die dadurch den jungen Generationen nicht zur Verfügung stehen. Es entsteht der Eindruck einer "parasitären" Altengeneration, die nicht nur das Erbe, sondern auch die Ressourcen der Jüngeren verschlingt. Letztlich geht es jedoch um Finanzierungsverteilungen zu Ungunsten der Mehrheit älterer Bürger nicht zu Gunsten der Jungen, sondern einer Gewinn maximierenden "Oberschicht".

Ältere sind auch Wähler. Insofern wundert es nicht, wenn kurzzeitig, im Umfeld von Wahlen, Ältere mit ihren Lebenserfahrungen, ihren Aktivitäten, ihrer hohen Qualifikation einer besonderen Wertschätzung unterliegen. Aber bereits kurz nach der Wahl

²⁵ Vgl. Kruse, A./Schmitt, E.: Zur Veränderung des Altersbildes in Deutschland, APUZ 49-50/2005, S. 12.

beginnen nicht die Diskussionen um Lebensqualität im Alter, sondern um Einschnitte im Rentenniveau. Diskussionen um ein zu veränderndes Altenbild finden nicht in der Gesellschaft, sondern im Rahmen elitärer wissenschaftlicher Veranstaltungen statt.

Es fehlt nach wie vor an einem gesellschaftlich akzeptierten Altenbild, welches den veränderten Bedingungen des Lebens im Alter entspricht. Alter, das sind nicht einfach mehr Lebensjahre, sondern das ist vor allem mehr Zeit für ein aktives, sinnerfülltes Leben nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben.

Die Möglichkeiten dafür sind in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gestiegen. Eine inzwischen auch das Seniorenalter erreichende steigende allgemeine und berufliche Bildung, auf lebenslanger Arbeit (zumindest für die neuen Bundesländer und die Männer der alten Bundesländer) beruhende Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten verbreitern nicht nur das Interessenspektrum im Alter, sondern auch die Möglichkeiten ihrer Befriedigung. Eine verlängerte individuelle Altersphase braucht neue Ziele und Inhalte. "Sinnlosigkeit des Alters" steht den veränderten demografischen und ökonomischen Bedingungen immer mehr entgegen.

Wenn auch die sozio-kulturelle Infrastruktur nicht überall jene Bedingungen schafft (Sport, Kultur), die ein aktives Altern in seiner gesamten gewünschten Vielfalt ermöglichen, ist es gerade Anliegen z.B. der Arbeit von Sozialverbänden - wie der Volkssolidarität -, durch Bündelung von Kräften erforderliche Rahmenbedingungen zu schaffen bzw. zu verbreitern. Sicher ist es mehr Zeit für Tätigkeiten, die weniger äußeren Zwängen unterliegen, aber es sollte keine nur "für sich selbst" sein.

Unabhängig von Ost und West kann davon ausgegangen werden, dass lebenslange Arbeit, relativ hohe fachliche Qualifikation bei Männern und Frauen maßgeblich auch Einfluss auf das Bild vom Altern und auf die eigene Vorstellung von einzubringenden Aktivitäten und einen sinnerfüllten Lebensabend haben. Unbestritten ist aber auch, dass es vor allem die eigenen Aktivitäten sind, die Lebenshaltungen und Lebensqualität im Alter bestimmen. Die sog. klassischen Gesprächsthemen Älterer - Krankheiten, Arztbesuche, Medikamente, Preise, Rente - spielen vor allem dann eine Rolle, wenn das Lebensspektrum auf die eigene Wohnung, das Einkaufen und den Arztbesuch begrenzt wird.

Aufgabe der Sozialverbände muss es sein, für Ältere nicht nur sozialpolitischer Interessenvertreter zu sein, sondern gleichermaßen Organisator und Anlaufpunkt, um älteren Menschen über o.g. Horizonte hinausgehende Aktivitätsmöglichkeiten zu bieten. Das zahlt sich für die Verbände wirtschaftlich nicht aus, aber es lohnt sich.

Das Selbstbild vom Alter

Vom allgemeinen gesellschaftlichen Altenbild unterscheidet sich das Selbstbild vom Alter - wie Ältere ihren Lebensabend selbst sehen - deutlich. Nicht zuletzt natürlich durch eine Meinungsvielfalt, da es "das" Alter ebenso wenig wie "die" Alten gibt, sie

sind genau so wenig eine homogene Gruppe wie "die" Frauen oder "die" Jungen. Das Selbstbild vom Alter wird in den neuen Bundesländern - wenn auch mit abnehmender Tendenz - von den übernommenen Strukturen geprägt. Für die Menschen in der DDR - und für die Rentner insbesondere - war, von einigen abgesehen, ein hohes Maß an sozialer Homogenität hinsichtlich des Eigentums, der Bildungs- und Ausbildungsstrukturen, der Beschäftigung, der Einkommen, des Wohnens, der gesundheitlichen Betreuung usw. charakteristisch. Es waren egalisierende, wenig differenzierende Lebensverhältnisse.

Hervorzuheben ist, dass - wie bei anderen Aussagen auch - vor allem in den neuen Ländern unterschiedliche Auffassungen zwischen Frauen und Männern äußerst gering sind, so dass von einer weitgehenden Meinungsidentität gesprochen werden kann.

Ausgehend von den verschiedenen Altersbildern, welche die Einzelnen haben, kann nach bekannten Mustern unterschieden werden:²⁶ Zwischen dem aktiven Typ, der sich seinen Lebensabend nach seinen Vorstellungen und Wünschen selbstständig gestalten will und der seine Kenntnisse und Erfahrungen einbringen möchte (rd. 42 %). Relativ gering ist dagegen der Anteil jener, der aktiv sein möchte, aber Vorstellungen und Vorschläge von anderen erwartet, dem zu wenig angeboten wird, der sich seinen Lebensabend von anderen gestalten lassen will (6 %). Einen hohen Anteil nehmen diejenigen ein, die mit dem Älterwerden von Pflichten und Verpflichtungen entbunden werden möchten (37 %). Der Anteil derer, die sich zurückziehen, um ihr Leben zu genießen (15 %), kann gleichfalls als gering eingeschätzt werden.

Dabei ist es als normal zu betrachten, dass einerseits vor allem mit steigendem Qualifikationsgrad die Vorstellungen und das Bemühen von eigenen Aktivitäten bedeutend steigen, während sie mit dem Erreichen höherer Altersstufen abnehmend sind. Das verweist aber auch darauf, dass mit der Zunahme des Anteils älterer Menschen mit abgeschlossener beruflicher Qualifikation (was durchaus noch typisch ist) sich der Druck auf Aktivitäten - insbesondere Aktivitäten in Gemeinschaft mit anderen - noch erhöhen wird.

Danach befragt, welche Vorstellungen sich für den Einzelnen mit "alt sein"/"alt werden" verbinden, wird an erster Stelle von allen Altersgruppen die "Zeitsouveränität" hervorgehoben, d.h. die Möglichkeit, sich seine Zeit so einteilen zu können wie man es selbst möchte, da "äußere" Zwänge, wie sie mit einer - wenn auch gewollten - Erwerbsarbeit verbunden sind, weitgehend entfallen ebenso wie familiäre Verpflichtungen, die einen zwingenden Zeitablauf (z.B. bei minderjährigen Kindern) erfordern. Für 91 % der befragten ab 50-Jährigen sind Altwerden und Altsein mit Zeitsouveränität verbunden (60 % stimmen dem voll und 31 % teilweise zu). Das gilt für Frauen wie für

26 Winkler G./Haupt H.: Sozialreport 50+ 1996: Daten und Fakten zur sozialen Lage von Bürgern ab dem 50. Lebensjahr in den neuen Bundesländern, Verlag am Turm, Berlin 1996, S. 29.

Tabelle 1.7: "Es gibt die verschiedensten Bilder, die 'Alter' und 'alt sein' charakterisieren. Wie sehen Sie die folgenden Auffassungen?" - 2005
- neue Bundesländer - in Prozent - (Antwort: "stimme ich voll zu")

	insgesamt ab 18. Lebensjahr	45 bis 54 Jahre	55 bis 64 Jahre	65 bis 74 Jahre	75 Jahre und dar.
Im Alter kann man in Ruhe seinen Lebensabend genießen, frei von Arbeit und gesellschaftlichen Verpflichtungen.	24	23	22	25	26
Es ist die Chance, etwas Neues anzufangen.	20	17	15	11	8
Man kann sich alte Wünsche erfüllen.	17	13	14	8	5
Es wird eintöniger, man ist immer mehr mit sich allein gelassen.	18	19	25	9	3
Man kann seine Zeit so einteilen wie man es selber möchte.	60	57	56	66	53
Man kann seine Erfahrungen an andere weitergeben.	56	55	51	42	36

Datenbasis: sfz/leben 2005 (gew.)

Männer (vgl. Tabelle 1.7). Die Realitäten belegen, dass die Vorstellungen bzw. Erwartungen auf hohe Zeitsouveränität vor allem bei den "jüngeren Alten" rückläufig sind. Offensichtlich spielen dabei unterschiedliche Faktoren eine Rolle, wie z.B. eine zunehmende Zahl von Partnerhaushalten (Ehe oder Lebensgemeinschaften), die abnehmenden Vorstellungen über einen finanziell gesicherten Lebensabend, die zum Teil steigenden zeitlichen Verpflichtungen gegenüber den eigenen Kindern (und Enkelkindern), aber auch die Erfahrung, dass auch unter neuen gesellschaftlichen Verhältnissen Rentner "niemals Zeit haben".

Im Vergleich über die Jahre seit 1996 lassen sich jedoch zwei Aspekte hervorheben:²⁷ Erstens, dass der Anteil der Bürger ab 50. Lebensjahr abnimmt, der davon ausgeht, dass man im Alter in Ruhe seinen Lebensabend verbringen kann. Offensichtlich Reflexion einer zunehmenden sozialen und Zukunftsverunsicherung. Während einerseits Zeitsouveränität von allen Altersgruppen als Charakteristikum hervorgehoben wird, rangieren danach mit relativ großer Übereinstimmung: die Weitergabe von Erfahrungen (56 % volle Zustimmung), in Ruhe den Lebensabend genießen. Nur 23 % der ab 50-Jährigen gehen von obiger Annahme uneingeschränkt aus, 65 % teilweise. Rückläufig ist mit dem Alter zweitens die Vorstellung, seine Erfahrungen weitergeben zu können. Dabei gewinnt der Aspekt, den Lebensabend in Ruhe genießen zu wollen/

²⁷ Winkler, G./Haupt, H.: Sozialreport 50+ 2000: Daten und Fakten zur sozialen Lage von Bürgern ab 50 Jahre in den neuen Bundesländern, Berlin 2000, S. 26-29.

zu können, mit zunehmendem Alter leicht an Gewicht. Auch hierbei ist eine eindeutige Abhängigkeit vom erreichten fachlichen/beruflichen Bildungsstand erkennbar.

Vor allem "jüngere" Altersgruppen sehen in diesem Lebensabschnitt eine Chance, etwas Neues anzufangen, sich (bislang zurückgestellte) Wünsche zu erfüllen. Es ist auch nicht zu übersehen, dass die Altersgruppen ab 60 Jahre in Bezug auf "etwas Neues anfangen" und "sich alle Wünsche erfüllen" doch deutlich Abstriche im Vergleich zu den Vorrentnerjahrgängen machen.

Wenn auch die Gefahr des "Alleingelassenseins" nicht im absoluten Sinne bejaht wird, sondern eher im Sinne von "teilweise", so ist es trotzdem eine mehr als bedenkliche Bewertung, wenn sich für 9 % der über 60-Jährigen Alter mit Alleingelassensein verbindet und 58 % dem teilweise zustimmen (insbesondere allein lebende Frauen und Befragte in kleinen Orten und Gemeinden).

Insgesamt ist jedoch festzustellen, dass ein Altenselbstbild überwiegt, das durch Aktivitäten geprägt ist, wenn auch naturgemäß alters- und qualifikationsabhängig. Ebenso wie unbestritten ist, dass gerade die Vorstellungen und Ansprüche an diesen Lebensabschnitt in hohem Maße auch vom individuellen Verlauf des Lebens bis zum Eintritt ins Rentenalter bestimmt werden und unterschiedliche Vorstellungen zum Altern bedingen. Im Jahr 2000 stellten - 10 Jahre nach der Vereinigung - 85 % der über 60-Jährigen fest, dass sich ihre Vorstellungen zum Leben im Alter voll (20 %) bzw. zumindest teilweise (65 %) erfüllt haben, nur 8 % gingen davon aus, dass sich ihre Vorstellungen vom Lebensabend nicht erfüllt haben (vgl. Tabelle 1.8).²⁸

Es sind vor allem die "Jüngeren" unter den Alten und die Höherqualifizierten, die - wenn sie Bilanz ziehen - der Meinung sind, dass sich ihre Vorstellungen nicht erfüllt haben. Mit zunehmendem Alter steigt die positive Gesamtwertung.

Tabelle 1.8: "Wenn Sie insgesamt über Ihr bisheriges Leben Bilanz ziehen, welcher Auffassung stimmen Sie zu?" - ab 60 Jahre - 2000
- neue Bundesländer - in Prozent - (Mehrfachnennungen möglich)

Dieser Auffassung stimme ich ...	voll zu	teilweise zu	nicht zu	ohne Antwort
Meine Vorstellungen und Wünsche haben sich bisher erfüllt.	20	65	8	7
Durch die Vereinigung haben sich meine Pläne und Vorstellungen vom Lebensabend nicht erfüllt.	14	46	30	11
Ich konnte meine Vorstellungen weder früher noch heute verwirklichen.	6	39	43	13

Datenbasis: sfz/leben 50+ 2000 (gew.) - entnommen aus: Winkler, G./Haupt, H.: Sozialreport 50+ 2000, S. 27

²⁸ Ebenda, S. 27.

Die Vereinigung wird mehrheitlich, Lebensbilanz ziehend, positiv bewertet. Nur für 14 % der Befragten hat sie dazu geführt, dass sich ihre Vorstellungen nicht erfüllt haben (46 % teilweise). Im Vergleich zu den 1994 erstmals erhobenen Aussagen zeigt sich eine deutlich sinkende Tendenz, so waren es 1994 noch 27 % der Befragten, die angaben, dass sich ihre Vorstellungen vom Lebensabend vereinigungsbedingt nicht erfüllt hätten. Zunehmend - wie bei anderen Fragen auch - steigt der Anteil derer, die jeweils mit "teilweise" antworten, also positive wie auch nicht erfolgte oder negative Veränderungen für sich sehen.

Dabei ist insgesamt für die älteren Bürger der neuen Bundesländer festzustellen, dass inzwischen ihre Vorstellungen vom Alter und ihre Ziele und Aktivitäten zwar von ihrer Biografie, ihrer Qualifikation und aus ihrer Sozialisation vor 1990 beeinflusst, aber nicht bestimmt werden. Das schließt aus unterschiedlichen Lebensverhältnissen resultierende Bewertungen ihres Lebens im Alter durchaus ein.

1.3 Zwei Alter in Deutschland - die "neuen" Alten

Mit der deutschen Vereinigung 1990 erhöhte sich die Zahl der Bundesbürger um rd. 16 Millionen - darunter 2,7 Millionen Rentnerinnen und Rentner. Gleichzeitig reduzierte sich damit der Anteil älterer Bürger (über 60 Jahre) in der Bundesrepublik - aufgrund des höheren Anteils junger Menschen in Ostdeutschland - von 20,9 auf 20,3 % (vgl. Kapitel 2).

Es war jedoch nicht einfach die zahlenmäßige Zunahme älterer Menschen, sondern eine Erweiterung um Seniorengenerationen mit anderen Lebensverläufen, Haltungen, Wertvorstellungen, mit anderen materiellen und finanziellen Bedingungen, d.h. insgesamt anderen Lebenslagen und Lebensweisen, die den Beitritt vollzogen. Das betrifft ebenso jene 5,7 Millionen Bürger, die inzwischen in den neuen Ländern in den Jahren 1990 bis 2005 das Renten- bzw. Vorrentenalter erreicht haben (d.h. 2005) und inzwischen 50 Jahre und älter sind.

Insofern war es berechtigt - in Anlehnung an eine in Westdeutschland seit Jahren geführte Diskussion²⁹ -, von den "neuen Alten" zu sprechen, die sich - bei allen Gemeinsamkeiten - auf Jahre hinaus durch nicht bzw. nur langsam zu überwindende Unterschiede von den älteren Menschen in Westdeutschland unterscheiden würden.³⁰ Beim Vergleich von Rentnerinnen und Rentnern in den alten und neuen Bundesländern, ihren Lebenslagen, ihren Denk- und Verhaltensweisen, ihren Problemen und

29 Vgl. Dieck, M./Naegele, G.: Die "neuen Alten". Soziale Ungleichheiten vertiefen sich, Kassel 1989; vgl. auch Dieck, M.: Besondere Perspektiven des Alterns und des Alters im vereinten Deutschland, in: Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung, Berlin 1992, S. 640-667.

30 Vgl. Winkler, G.: Die neuen Alten, in: Altenreport '92, herausgegeben von K.-P. Schwitzer/ G. Winkler, Morgenbuch-Verlag Berlin 1993, S.15-27.

Hoffnungen, Zuversichten, Ängsten und Befürchtungen war absehbar, dass es in Deutschland auf Jahre hinaus zwei "deutsche Alter" geben würde.³¹ Bereits Anfang der 90er Jahre wurde - im Gegensatz zur offiziellen Politik - hervorgehoben, dass gleiche Verhältnisse wie in Westdeutschland herzustellen (als die durch die offizielle Politik verkündete Zielstellung), mindestens 15 bis 20 Jahre dauern würde.³²

Die genannten Aussagen fanden zum Zeitpunkt der Veröffentlichung (1992/1993) im Westen keine, im Osten kaum Unterstützung, sie unterlagen jedoch zum Teil einer heftigen Diskussion über Tempo und Ausmaß der Angleichung der Lebensverhältnisse, die vor allem als "Negativ-Wertung" durch Ostdeutsche abqualifiziert wurde. Inzwischen erweist sich, dass es nicht nur - aus der Sicht der damaligen Betrachtung - bis 2007 oder 2012 dauern wird, ehe vorhandene ungerechtfertigte Ungleichheiten überwunden sein werden, sondern eines wesentlich längeren Zeitraumes bedarf, um politische Vorstellungen und gegebene Zusagen einzulösen. Die offizielle Politik hat z.B. den Angleichungszeitpunkt für die Sozialversicherungsrenten inzwischen auf nach 2030 festgelegt.³³

Das schmälert die unbestrittenenmaßen eingetretenen Veränderungen seit 1990 keineswegs, sondern verdeutlicht nur, wie zum Teil illusionär die Vorstellungen zur Vereinigung waren, da sie sich vorrangig und einseitig auf eine Angleichung an westliche Lebensverhältnisse bezogen und unterschiedliche Entwicklungen in Ost und West - mit prägendem Einfluss auf den Einzelnen - ignorierten bzw. gering schätzten. Inzwischen ist unbestritten und auch in offiziellen Dokumenten des Statistischen Bundesamtes nachlesbar: Es gibt in Deutschland zwei Teilgesellschaften - eine Teilgesellschaft Ost und eine Teilgesellschaft West³⁴, deren Zusammenwachsen keineswegs abgeschlossen ist. Diese Aussage gilt auch und insbesondere für die älteren Generationen.

Die Akzeptanz einer Teilgesellschaft Ost heißt einerseits Anerkennung als Teil eines Ganzen - und nicht daneben, dagegen oder außerhalb stehend - wie sie andererseits die existierenden spezifischen sozialen, ökonomischen und politischen Strukturen sowie Lebensverhältnisse anerkennt. Die Akzeptanz der Existenz einer Teilgesellschaft Ost (bzw. West) auch im Alter ist keine Absage an gewollte Ergebnisse von 1989/90, sondern nur Besinnen auf eigene Entwicklungen und Werte, die in die Bundesrepublik mit eingebracht wurden und werden (das ist nicht identisch mit "DDR wiederhaben wollen"). Es ist auch Ausdruck einer noch nicht vollendeten Einheit, nicht im Sinne von Anspruchsdenken, sondern im Sinne einer kritischen Bestandsaufnahme.

31 Vgl. auch Schwitzer, K.-P.: Ältere Menschen in den neuen Bundesländern, APuZ 29-30/1992, S. 44.

32 Vgl. Winkler, G.: Die neuen Alten, in: Altenreport '92, a.a.O., S. 15 f.

33 Vgl. Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung 2004, S. 44.

34 Datenreport 1997; 1999; 2002, zuletzt Datenreport 2004, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Bonn 2004, S. 452.

Bei der in den alten Bundesländern bereits vor 1990 geführten Diskussion um Veränderungen in den Rentnergenerationen, die sich um den Begriff "neue Alte" rankte,³⁵ wurde vor allem auf zwei Aspekte verwiesen: Einerseits auf die Veränderungen der Seniorengenerationen durch steigende Lebenserwartung und Hochaltrigkeit, eine damit verbundene Feminisierung des Alters und Zunahme Alleinlebender. Diese Prozesse vollzogen sich - wenn auch zunächst nicht mit solcher Brisanz - auch in der DDR. Zum Zweiten sind für die "neuen Alten" im Osten und zeitversetzt im Westen jedoch qualitative Veränderungen kennzeichnend. Das betrifft insbesondere eine steigende berufliche Qualifikation, eine veränderte Haltung zur Erwerbsarbeit von Frauen, eine sich entwickelnde Vielfalt der Familienformen, höhere Aktivität und Kreativität, höhere Einkommens- und Vermögensverhältnisse sowie damit verbundene veränderte Bedürfnisstrukturen und stärkere Integration älterer Menschen in die Gesellschaft. Im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung ist aber festzustellen, dass sich diese und andere strukturelle Wandlungen in Westdeutschland im Rahmen einer (mehr oder weniger) kontinuierlich verlaufenden Entwicklung der Bürger vollzogen/vollziehen, während mit der Vereinigung Rentnergenerationen zusammengeführt wurden, die sich - von ihrer gemeinsamen Jugend (bis 1947/48) abgesehen - durch völlig unterschiedliche Entwicklungen in allen Lebensbereichen (Arbeit, Wohnen, Demokratie, Bildung, Einkommen, Konsumtion) so unterscheiden, dass sie nicht einfach traditionell entstandenen und noch bestehenden Entwicklungen und Ungleichheiten in den westdeutschen Ländern gleich zu setzen sind. Natürlich existieren auch in den alten Bundesländern Ungleichheiten aufgrund unterschiedlicher Lebenslagen älterer Menschen, die altersbedingt gegenüber Jüngeren sind bzw. schichtspezifisch innerhalb der Rentnergenerationen auftreten (Beamte, Arbeiter, Einkommens- und Vermögensunterschiede, Zugang zu sozialen Diensten etc.). Es sind Ungleichheiten in anderen Dimensionen und Differenzierungen als im Vergleich zum Osten Deutschlands.

Im Ost-West-Vergleich gibt es einerseits gleichartige Prozesse zwischen Ost- und Westdeutschland wie z.B. steigende Lebenserwartung, die wachsende Zahl Alleinlebender, die Zunahme Hochbetagter und Pflegebedürftiger. Andererseits existieren jedoch Unterschiede und Ungleichheiten, die aufgrund der historischen Entwicklung in der DDR mit dem Beitritt zur Bundesrepublik innerhalb der Rentnergeneration (Frauen-/Männerrenten) bzw. zwischen den Rentnern in Ost und West auftraten (Einkommens- und Vermögensstrukturen, Wohlfahrtsstrukturen) und bis in die Gegenwart er-

35 Vgl. Dieck, M./Naegele, G.: "Neue Alte" und alte soziale Ungleichheiten - vernachlässigte Dimension in der Diskussion des Altersstrukturwandels, in: G. Naegele/H.-P. Tewes (Hrsg.): Lebenslagen im Strukturwandel des Alters, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen 1993, S. 43 ff.; vgl auch Tewes, H.-P.: Die neuen Alten aus der Sicht der Soziologie, in: forum demographie und politik, Schriftenreihe der Kommission Demographischer Wandel/Seniorenpolitik beim SPD-Parteivorstand, Nr. 3, Mai 1993, S. 9 ff.

halten blieben bzw. auch gar nicht kurz- und mittelfristig zu überwinden sind (z.B. historisch entstandene Vermögensstrukturen - vgl. Abschnitt 9.5).

Nicht zuletzt wurden im Prozess der Vereinigung sowohl Gleichheiten und Gleichartigkeiten geschaffen (z.B. im politischen System, in den Wohlfahrtsstrukturen, wenn auch mit spezifischen Bedingungen) als auch Ungleichheiten, die sich durch die Art und Weise der Herstellung der Sozialunion zwischen den Rentner- und Vorrentnergenerationen Ost- und Westdeutschlands herausbildeten (beispielhaft seien hier die noch existierenden unterschiedlichen Rechtsgebiete im Bereich der Rentenversicherung genannt).

Insofern hat es sich inzwischen als durchaus gerechtfertigt erwiesen, die seit und mit der Vereinigung entstandene neue - gewissermaßen dritte - Dimension der "neuen Alten" anzuerkennen, die mit der Vereinigung und dem Vereinigungsprozess aufgrund systembedingter Anpassungsprozesse zwischen Ost- und Westdeutschland entstand. Es entstanden zwei deutsche Alter, die bis 1990 staatliche Unterschiede reflektierten und ab 1990 existente Ungleichheiten des deutsch-deutschen Alters zum Ausdruck bringen. Diese sind jedoch nicht mit regionalen Differenzierungen zwischen Bayern und Schleswig-Holstein gleichzusetzen, die natürlich - historisch-regionale Entwicklungen in der alten Bundesrepublik reflektierend - auch existieren, ebenso wie Differenzierungen zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Es geht um Unterschiedlichkeiten der beiden Teilgesellschaften Ost und West, die mit und durch die Vereinigung entstanden, inzwischen zum Teil mit dem Grad des Erreichens der Sozialunion abgebaut bzw. verfestigt oder auch ausgebaut wurden und die bis in die Gegenwart bzw. auch in den nächsten Jahren/Jahrzehnten noch existent sein werden. Insgesamt lassen sich dazu folgende Aussagen treffen:

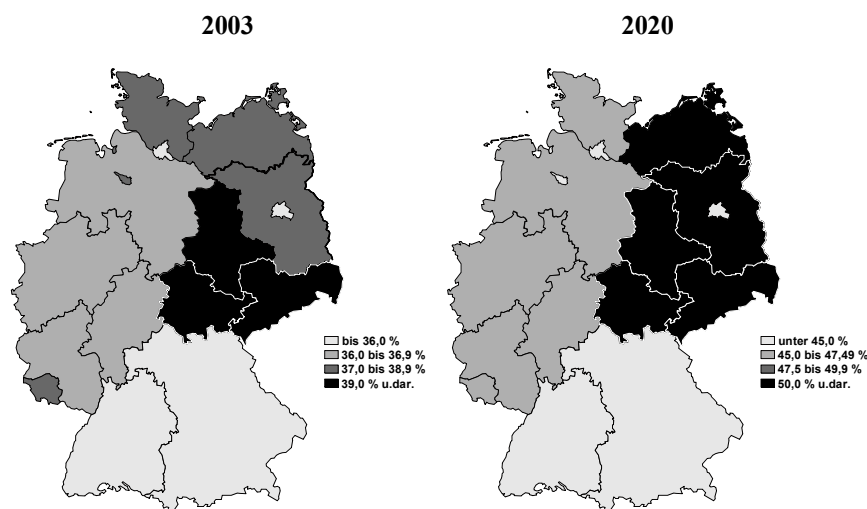
Erstens sind die "neuen Alten" in Ost wie West einerseits geprägt durch eine zunehmende und sich angleichende Lebenserwartung, was gleichzeitig eine Verlängerung der aktiven Lebensphase bedeutet. Das betrifft auch sich ändernde Familienstrukturen mit einem höheren Anteil an Partnerschaften unterschiedlicher Formen sowie die bereits hervorgehobene Feminisierung und Singularisierung im höheren Lebensalter. Diesen in Ost wie West verlaufenden Prozessen stehen andererseits jedoch vor allem unterschiedliche Entwicklungen in den Altersstrukturen gegenüber, die seit 1990 wirken und noch über Jahre/Jahrzehnte wirken werden. Der radikale Geburtenrückgang in den neuen Ländern sowie die bis in die Gegenwart anhaltende Abwanderung - insbesondere jüngerer Menschen - führen zu deutlich höheren Anteilen älterer Bürger in der Gegenwart und nächsten Zukunft. Im Jahr 2003 betrug z.B. der Anteil ab 50-Jähriger in Sachsen bereits 41,2 % und steigt lt. offizieller Bevölkerungsprognose bis 2020 auf 51,2 % (vgl. auch Kapitel 2). Im Vergleich zu Bayern und Baden-Württemberg mit einem Anteil ab 50-Jähriger von rd. 35 % werden die unterschiedlichen Altersstrukturen deutlich.

Bereits 2020 - also in 15 Jahren - wird in allen neuen Bundesländern der Anteil über 50-Jähriger mehr als 50 % betragen (vgl. Abbildung 1.4), während er in den alten Bundesländern zwischen 42 % und 47 % liegen wird. Damit verschärfen sich in den nächsten 15 Jahren die Wirkungsbedingungen für den Arbeitsmarkt ebenso wie für die erforderlichen sozialen Leistungssysteme für ältere Menschen weiter.

Das Ansteigen des Anteils "Älterer" an der Gesamtbevölkerung wirkt auch auf das Durchschnittsalter der Bevölkerung. Von 37,9 Jahren (1991) erhöhte es sich auf 43,3 Jahre (2004) und liegt damit seit Mitte der 90er Jahre über dem Durchschnittsalter der alten Bundesländer. Die raschere Zunahme in den neuen Bundesländern wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen (vgl. Abschnitt 2.3).

Der allgemeine Alterungsprozess in Deutschland vollzieht sich in den neuen Ländern in höherem Tempo und wird Wirkungen auf die ökonomische und soziale Entwicklung haben, auf die sich die einzelnen Bundesländer bereits heute einstellen müssen. Er bedeutet für viele ländliche Gebiete in den neuen Ländern eine "Ausdünnung", d.h. einen überproportionalen Altenanteil mit allen Problemen der Sicherung von Lebensqualität für ältere Menschen in diesen Regionen. Ein 2005 veröffentlichter "Familienatlas" des zuständigen Ministeriums weist Ostdeutschland mehrheitlich das Gesamturteil "fehlende Perspektive für Familien" zu.³⁶ Das schließt auch ein, dass der

Abbildung 1.4: Anteil ab 50-Jähriger an der Gesamtbevölkerung
- 2003 und 2020 -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Genesis-Tabellen, Bevölkerung Bundesländer, Altersjahre/Bevölkerungsprognose bis 2050 - Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

36 Vgl. Potenziale erschließen - Familienatlas 2005, BMFSFJ, Berlin 2005, S. 25/26.

Finanztransfer zwischen den einzelnen Bundesländern sich weiter auf die neuen Länder konzentrieren wird und muss.

Zweitens sind die älteren Generationen in den beiden Teilgesellschaften geprägt durch völlig unterschiedliche Sozialisationen in der DDR bzw. BRD.

Für die älteren Menschen in den neuen Ländern sind ihre Biografien, sind Entwicklungen und soziale Strukturen der DDR und des Vereinigungsprozesses prägend (völlig unabhängig davon, wie der Einzelne zur DDR stand), die bis in die Gegenwart und darüber hinaus Unterschiedlichkeiten in den Lebenslagen beeinflussen. Das gilt analog für ältere Bürger aus dem früheren Bundesgebiet.

Allein die skizzenhafte Betrachtung von Jahrgängen lässt die geringen Gemeinsamkeiten des Lebensverlaufs zwischen Ost und West erkennen:

- Die Achtzigjährigen (Jahrgang 1925) - Kindheit in der Weimarer Republik, Faschismus, eigenes Erleben des Krieges als Soldat oder Zivillist. Berufliche Entwicklung ebenso wie Karriere und Familienbildung, aber auch soziale Positionierungen erfolgten in der DDR, zur Zeit der Vereinigung bereits Rentner.
- Die Siebzigjährigen (Jahrgang 1935) - Kindheit im Faschismus, Krieg als Kind erlebt, schulische Bildung zum Teil vor 1945, berufliche Ausbildung und Entwicklung in der DDR ebenso Familienbildung und soziale Positionierung. Nach der Wende durch Sonderregelungen in vielen Fällen in den Vorruhestand übergegangen, d.h. Rentner/Rentnerin seit 1990/91.
- Die Sechzigjährigen (Jahrgang 1945) - geboren im Jahr des Kriegsendes, schulische und berufliche Bildung und Entwicklung ausschließlich in der DDR. Karriere und soziale Positionierung noch in der DDR. Zur Wendezeit und danach mehrheitlich zur beruflichen Neuprofilierung gezwungen. Als Fünfzigjährige (1995) mit völlig neuen Erfahrungen konfrontiert, insbesondere im Bereich des Arbeitsmarktes. Auflösung eines sozialen Beziehungsgefüges, das mehrheitlich bis 1990/91 auf den Betrieb konzentriert war.
- Die Fünfzigjährigen (Jahrgang 1955) - geboren nach der Gründung der DDR (1949), schulische und berufliche Bildung ausschließlich in der DDR. Berufliche Entwicklung begonnen, ohne mehrheitlich bereits "feste" Positionen erreicht zu haben. Im Jahr der Vereinigung 35 Jahre alt, danach am meisten vom ökonomischen und sozialen Wandel betroffen. Als heute 50-Jährige nur zu rd. der Hälfte in Erwerbsarbeit, rd. ein Drittel arbeitslos bzw. in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Die heute 50- bis 65-Jährigen sind die erste Generation in den neuen Ländern, die soziale Marktwirtschaft auch aus der Sicht des "Noch-Nicht-Rentner-Daseins" erlebt hat und mit den damit verbundenen Auswirkungen in die Rente geht.

Alles in allem zeigt der knappe Abriss, dass die Biografien der heutigen Rentnergenerationen sowie der "Neuzugänge" auf dem Leben in der DDR beruhen sowie den

gesammelten Erfahrungen eines von der Mehrheit der Bürger gewollten Systemwechsels, der in seinen Wirkungen in vielerlei Hinsicht gewünscht, aber von vielen auch nicht völlig überschaubar war.

Obwohl die heutigen Generationen von Rentnern bzw. älteren Bürgern Ost- und Westdeutschlands sowohl Jahre einer gemeinsamen Vergangenheit (insbesondere vor 1945) wie auch gemeinsame Jahre nach 1990 verbinden, sind ihre Biografien vor allem von den unterschiedlichen Entwicklungen in Ost und West nach 1945 und nach 1990 in entscheidendem Maße geprägt.

Die heute 60-Jährigen haben ihre gesamte Erwachsenen- und Erwerbstätigenphase in der DDR verbracht mit anderen vorgegebenen, übernommenen oder angeeigneten Wertvorstellungen, mit anderen Sozialisationserfahrungen und einer völlig andersartigen Sozial- und Arbeitsgesetzgebung, anderen Leistungen sozialer Sicherung usw.

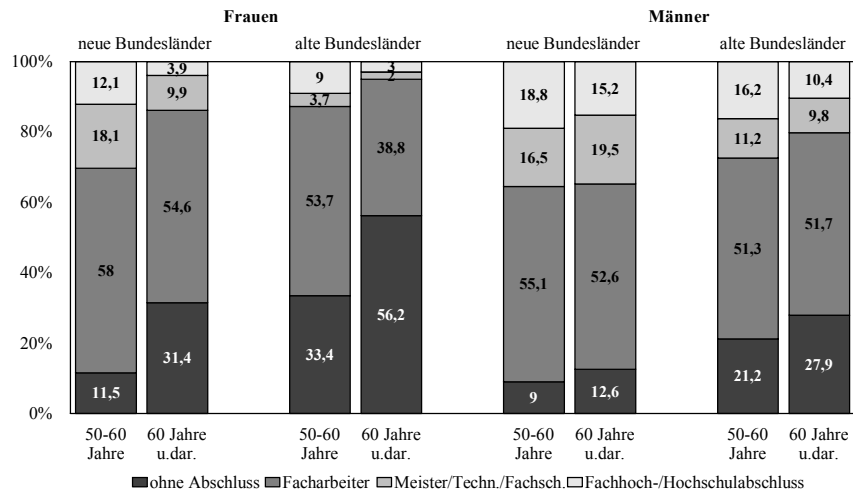
Drittens war für die Menschen in der DDR - und für die Rentner insbesondere -, von einigen Privilegierten abgesehen, ein hohes Maß an sozialer Homogenität hinsichtlich der sozialen Schichtung, der Bildungs- und Ausbildungsstrukturen, der Beschäftigung, der Einkommen, des Wohnens, der gesundheitlichen Betreuung usw. charakteristisch.

Kennzeichnend im Vergleich zwischen ost- und westdeutschen älteren Bürgern ist z.B. für die ostdeutschen vor allem eine angeglichenere und sich mit künftigen Rentnerjährgängen weiter angleichende Bildungsstruktur (Abnahme des 8-Klassen-Abschlusses und Reduzierung des Anteils von Bürgern ohne beruflichen Abschluss). Dieser Prozess vollzieht sich auch - allerdings zeitlich versetzt - in den alten Bundesländern, so dass sich erst in absehbarer Zeit Bildungsstrukturen immer weniger und berufliche Qualifikationen - insbesondere von Frauen - erkennbar annähern werden (vgl. Abbildung 1.5).

Unterschiedliche Bildungs-/Ausbildungs- und Erwerbsstrukturen zwischen ost- und westdeutschen Rentnern/Vorrentnern prägen zugleich die auf sozialen Positionen beruhenden Schichtstrukturen. Charakteristisch für die Ostdeutschen ist eine im Wesentlichen einheitliche Schichtstruktur, die sich bis in die Gegenwart nur unwesentlich verändert hat. Die vorrangig auf staatlichem ("Volks-")Eigentum beruhende Wirtschaftstätigkeit führte zu einer Schichtstruktur, die von hohen Anteilen an Arbeitern und Angestellten (88,2 % - 1989), von Mitgliedern in Produktionsgenossenschaften (9,6 %) und einem Anteil von 2,2 % Selbstständigen, mithelfenden Familienangehörigen, Freiberuflichen und Sonstigen (vgl. Abschnitt 3.3) bestimmt war. Das weitgehende Fehlen eines Privatsektors, das Fehlen eines Beamtenstandes innerhalb der Angestellten (die rd. 40 % der sog. Arbeiter und Angestellten ausmachten) - sowie die mit der Rentenüberleitung erfolgten Kappungen "höherer" Einkommen führen bis in die Gegenwart zu einer relativen Homogenität in den Alterseinkommen und -vermögen.

Die im Wesentlichen einheitlichere Schichtstruktur und Lebenslagen reflektieren sich auch in der subjektiven Selbsteinschätzung. 1992 gaben 61 % der über 50-jähri-

Abbildung 1.5: Berufliche Abschlüsse nach Altersgruppen - Mai 2003 - neue Bundesländer und Ost-Berlin/früheres Bundesgebiet inkl. West-Berlin - in Prozent -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.1.2, Bonn 2005, Tabelle 1.1

gen Bürger der neuen Bundesländer an, sich der Unter-/Arbeiterschicht zuzuordnen, 37 % der Mittelschicht und nur 3 % der sog. oberen Mittelschicht bzw. Oberschicht. Im Vergleich dazu liegen die Selbsteinschätzungen in Westdeutschland eher bei der Mittel- und Oberschicht. An der Einschätzung in den neuen Ländern haben sich bis in die Gegenwart (2005) nur leichte Änderungen zu Gunsten der oberen Schichten (8 %) ergeben (vgl. Abschnitt 6.3). Nach wie vor gilt, dass es an einheimischen Eliten in Politik und Wissenschaften fehlt - daran ändern auch Frau Merkel und Herr Platzeck nichts - ebenso wie an einheimischen Kapitalisten (von Unternehmern in Klein- und Mittelbetrieben abgesehen). Die Ungleichheiten der Schichtstruktur werden sich auch in den nächsten Jahren nur geringfügig abbauen.

Viertens gilt natürlich auch für die ostdeutschen Rentner, dass sie eben so wenig eine homogene Masse sind wie die westdeutschen. Es sind unterschiedliche Generationen mit differenzierten sozialen Strukturen, Lebenslagen, Wertorientierungen und Zufriedenheiten. Die Unterschiede im Vergleich zwischen Ost und West liegen nicht im Vorhandensein von Differenzierungen, sondern in der Struktur und im Maß dieser Differenzierungen.

Es kann generell davon ausgegangen werden, dass die Bewertung der Lebenslage seitens der Rentner/Vorrentner in Ostdeutschland - im Gegensatz zu den jüngeren Generationen im erwerbsfähigen Alter sowie den entsprechenden westdeutschen Al-

tersgruppen - zunächst sowohl aus dem Vergleich zu den allgemeinen Lebensbedingungen der DDR-Vergangenheit erfolgte wie inzwischen der Vergleich vorrangig zu den Lebensbedingungen in den alten Bundesländern erfolgt. Aus einem Systemvergleich ist in den vergangenen Jahren zunehmend ein regionaler Vergleich der beiden Teilsellschaften geworden.

Die Lebenslage bzw. Lebensbedingungen der Menschen in den neuen Ländern sind inzwischen immer weniger Resultat der politischen und ökonomischen Verhältnisse der DDR und des dort erreichten Produktivitäts- und Effektivitätsniveaus der Wirtschaft, sondern vor allem der seit 1990 erreichten Veränderungen im Lebensniveau. Für die ostdeutsche Bevölkerung war bis zur Vereinigung nicht nur ein relativ homogenes Lebensniveau charakteristisch, sondern gemessen an altbundesdeutschen sozialen Lagen ein deutlich niedrigerer Lebensstandard. Dies lässt sich für 1990 sowohl an den Einkommensverhältnissen (Rentenhöhe, Spareinlagen, Vermögen), an den Wohnverhältnissen (Wohnungsgröße und -ausstattung), an der Qualität der gesundheitlichen Betreuung (Hauskrankenpflege, Versorgung mit Medikamenten und Sachleistungen) als auch an den Bildungs-, Kultur- und Freizeitangeboten nachweisen³⁷ (vgl. hierzu die einzelnen Abschnitte in den Kapiteln 7 bis 12). Seit 1990 hat sich das Lebensniveau in vielen Bereichen angeglichen, die Differenzierungen zwischen einzelnen sozialen Schichten haben zugleich zugenommen (vgl. auch Tabelle 1.9). Insbesondere in der Haushaltsausstattung erreichten auch ältere Bürger nach 1990 relativ schnell eine Vollaussattung bei vielen Gebrauchsgütern der Haushaltsführung sowie der Kommunikation und Medien und unterscheiden sich nicht mehr grundlegend von vergleichbaren Haushalten in den alten Ländern (vgl. auch Abschnitt 9.2). Das gilt nicht für den Ausstattungsgrad z.B. an PKW, wo der Bestand in 100 Nichterwerbspersonenhaushalten (2004) in den neuen Ländern bei 54 PKW und in den alten Ländern bei 64 PKW liegt. Hier wirken die Defizite der DDR - sowohl auf dem Automarkt als insbesondere wegen fehlender Fahrerlaubnis von Frauen - noch fort und werden sich mit den nachrückenden Jahrgängen "auswachsen". Auch im Ausstattungsgrad von Wohnungen, seien es moderne Heizungssysteme oder die Ausstattung mit Telefonen, haben sich rasche Angleichungsprozesse vollzogen, die gewünscht waren und nicht mehr gemisst werden möchten. Dazu rechnen auch die inzwischen realisierten Reisetätigkeiten, wenn auch hier 40 Jahre begrenzter Möglichkeiten nicht nachholbar sind.

Trotz dieser durchgängig anerkannten erreichten Veränderungen werden sich nicht nur die Lebensbedingungen und Mentalitäten, sondern auch Erwartungen, Zufriedenheitsbewertungen und Verhaltensweisen von älteren Menschen im Osten noch über einen längerfristigen Zeitraum von denen der Rentnergenerationen der alten Bundes-

37 Vgl. hierzu Schwitzer, K.-P.: "Altenreport '90, a.a.O.

Tabelle 1.9: Ausgewählte Indikatoren zu Lebensverhältnissen in Deutschland im Ost-West-Vergleich

Indikator	Jahr	Wert	Ost-deutschland	West-deutschland	Relation Ost:West Prozent
Anteil ab 60-Jähriger*	2003	Prozent	19,3	17,8	108
Anteil ab 60-Jähriger mit beruflichem Abschluss - Frauen	2003	Prozent	69	44	157
Erwerbsquote** ab 50 Jahre	2003	Prozent	48	41	118
Arbeitslosenquote ab 55 Jahre***	2004	Prozent	25,3	24,3	104
Versicherungsjahre bei Renteneintritt - Frauen GRV	2004	Jahre	41,3	25,0	165
Versicherungsjahre bei Renteneintritt - Männer GRV	2004	Jahre	44,5	39,2	114
Alterseinkommen (65 bis 70 Jahre) - Paare	2003	Euro	2.004	3.257	74
- allein lebende Frauen	2003	Euro	1.317	1.732	76
Rentenzahlbetrag - Männer	2003	Euro	1.022	968	106
- Frauen	2003	Euro	663	480	138
Nettovermögen	2003	1000 Euro	49	150	33
Anteil Wohneigentum - Rentner	2003	Prozent	29	52	56
Wohnungsgröße (Mieter)	2003	qm/Rentner-Haushalt	58	69	84
PKW-Ausstattung	2004	je 100 Nicht-erwerbstätigenhaushalte	54	64	84
Computerausstattung	2004	je 100 Nicht-erwerbstätigenhaushalte	32	39	82
Internetzugang	2004	je 100 Nicht-erwerbstätigenhaushalte	20	26	77

* OD ohne Berlin ** neue Länder und Ost-Berlin *** neue Länder und Berlin

Quellen: Statistisches Bundesamt, Reihe 4.1.1/4.1.2; BMGS, Statistisches Jahrbuch Gesundheit 2005; Arbeitsmarkt 2004, ANBA, Nürnberg 2005; 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2005; VDR, Rentenversicherung in Zeitreihen, Frankfurt a.M. 2005

länder unterscheiden. Dazu tragen Differenzierungen bei, die einerseits historisch entstanden sind (z.B. Vermögen und Wohneigentum), die zu überwinden auch nicht angestrebt wird, wie andererseits Ungerechtfertigkeiten, die sich aus den neuen sozialen

Bedingungen der Marktwirtschaft und damit verbundenen (sozial)politischen Entscheidungen ergeben³⁸ (z.B. Rentenberechnung).

Das materielle Lebensniveau, die finanziellen Lebensgrundlagen werden ungeachtet möglicher Rentenangleichung bis 2030 durch einen auf Jahrzehnte hinaus bestehenden beträchtlichen Niveauunterschied zu den Alt-Bundesländern (z.B. durch hohe Arbeitslosigkeitszeiten bei Rentenzugängen) charakterisiert.

Das Einkommen der Rentnergeneration in den neuen Bundesländern begründet sich fast ausschließlich auf Rente - fehlende betriebliche und individuelle Altersversorgungen sind nicht mehr nachvollziehbar und auszugleichen (vgl. hierzu vor allem Abschnitt 9.3.2), eben so wenig wie unterschiedliche Vermögens- und Einkommensstrukturen. Fehlende betriebliche Rentenversicherungen und private Vorsorge bedeuten auch, dass selbst bei 100-prozentiger Rentenanpassung ostdeutsche Senioren im Wesentlichen nur 70 % der Einkommen von Rentnerhaushalten der alten Bundesländer überhaupt in Zukunft erreichen können.

Man muss einfach zur Kenntnis nehmen, dass gravierende Unterschiede in Vermögens- und Besitzständen zwischen Ost und West bestehen, die historisch gewachsen sind. Auch ostdeutsche Senioren halten - den Realitäten Rechnung tragend - diese Unterschiede in den nächsten Jahrzehnten für nicht überwindbar. Aber der eingeleitete Übergang zu einer Politik, die auf zunehmender Eigenverantwortung und Eigenbeteiligung beruht, kann deshalb vorhandene Vermögen und Einkommen außerhalb der Gesetzlichen Rentenversicherung nicht einfach außer Acht lassen und Seniorenpolitik an den Einkommens- und Vermögensstrukturen des Westens orientieren.

So betragen die Vermögensbestände 1988 in westdeutschen Rentnerhaushalten (60-Jährige und älter) im Durchschnitt (nach Abzug von Kreditverpflichtungen) rd. 28.000 DM.³⁹ Am Tag vor der Währungsunion lag das durchschnittliche Sparvermögen - Bausparguthaben, Wertpapiere usw. spielten keine Rolle - von Rentnern in den heutigen neuen Bundesländern bei 12.000 DM und wurde auf rd. 9.000 abgewertet. Neuere Daten weisen aus, dass sich das Nettovermögen von Rentnern in den neuen Ländern (inkl. Immobilien) von 26.500 Euro (1993) auf 48.800 Euro (2003) erhöht hat, aber sich von den westdeutschen Rentnerhaushalten mit 150.000 Euro sowie den Pensionärs Haushalten (die es in den neuen Ländern überhaupt nicht gibt) deutlich abhebt.⁴⁰ Die Ost-West-Relation liegt damit lt. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung im Jahr 2003 bei 33 % - bezogen auf das Nettogesamtvermögen bei Rentnern und 19 % bezogen auf Pensionäre.⁴¹

38 Vgl. Schwitzer, K.-P.: Ältere Menschen in den neuen Bundesländern, a.a.O., S. 46.

39 Im Blickpunkt: Der ältere Mensch, Metzler-Pöschel, Stuttgart 1993, S. 140.

40 Vgl. 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, BMGS, Berlin 2005, S. 39.

41 Vgl. ebenda, Tab. I/11.

Es ist deshalb politisch ein bewusst einseitig vorgenommener Vergleich der Lebensverhältnisse älterer Bürger in den neuen und alten Bundesländern, wenn ohne Beachtung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse immer wieder ausschließlich die Renteneinkommen der Gesetzlichen Rentenversicherung verglichen werden.

Seit 1990 treten auch im Vergleich des materiellen Lebensniveaus und im finanziellen Bereich in Ostdeutschland in den genannten Altersgruppen wesentlich geringere Differenzierungen auf als vorher. Die Modalitäten des Vereinigungsvertrages führten zu einheitlicheren Einkommensverhältnissen, da zusätzliche Einkommen - über die Sozialversicherungsrente hinaus - weitgehend fehlen. Das betrifft aber auch Nivellierungen durch nachträglich eingeführte Beitragsbemessungsgrenzen sowie die Liquidierung berufsständischer Versorgungssysteme der DDR.

Mit dem Vermögen verbunden sind auch Fragen des Eigentums im Bereich des Wohnens. 1990 lag der Anteil von Wohneigentum bei Bürgern über 65 Jahre bei rd. 20 % (ohne genossenschaftliches Eigentum) und stieg bis 2003 auf 21,9 % für Rentner,⁴² ein im Vergleich zu den alten Bundesländern niedriger Wert (47,8 % für Rentner und Pensionäre). Hinzu kommen z.T. beträchtliche Unterschiede im durchschnittlichen Wert von Immobilien in Ost und West (vgl. Abschnitt 10.2).

Diese Ungleichheiten zwischen Ost und West werden sich auch in der sog. Erben- generation (d.h. den heutigen Vorrentnergenerationen) nicht verändern (vgl. Abschnitt 9.4). Es muss dabei jedoch nochmals betont werden, dass es seitens der Ostdeutschen weder unrea- le "Angleichungsvorstellungen" gibt noch Neid. Es sind Unterschiede, die historisch gewachsen sind, da in der DDR Möglichkeiten und gesellschaftliche Leitbilder nicht auf die Anhäufung von Vermögen gerichtet waren und auch nur in geringem Maße realisiert werden konnten. Die Vermögen im Westen beruhen - zumin- dest in ihrer Mehrheit - auf eigener und familiärer Arbeitsleistung über Jahrzehnte. Darin besteht nicht das Problem, sondern darin, dass den Älteren im Osten eine auch auf lebenslanger Erwerbsarbeit beruhende Rente im Vergleich zu Westdeutschland nicht nur vorenthalten, sondern auch noch vorgehalten wird.

Die Einkommens-/Vermögensverhältnisse werden sich noch über viele Jahre - zum Teil verstärkt durch neue Rentnergenerationen (vgl. Kapitel 9) - zwischen Ost- und Westdeutschland unterscheiden und eine Spezifik des Alters zwischen Ost und West ausmachen.

Fünftens resultieren aus unterschiedlichen Sozialisationen und Biografien auch Werte- strukturen, die sich von den alten Bundesländern zumindest in drei Aspekten deutlich unterscheiden. Das betrifft den generellen Stellenwert von sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit, von Arbeit und Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und familiären Aufga-

42 Vgl. Datenreport 2004, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, S. 514.

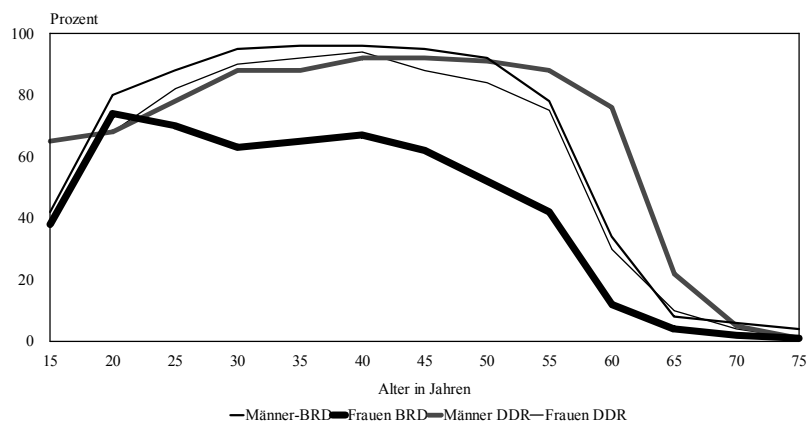
ben/Pflichten und nicht zuletzt den Stellenwert von Religion im Leben der Menschen (vgl. Abschnitt 4.2).

Kennzeichnend bis in die Gegenwart wirkt sich das unterschiedliche Erwerbsverhalten - insbesondere von Frauen - aus, wie es die sich deutlich unterscheidende Erwerbstätigenquote verdeutlicht (vgl. Abbildung 1.6). Die weitgehend mit den männlichen Erwerbstätigen in Westdeutschland übereinstimmende Quote der Frauen im Osten und die höhere Quote der Männer reflektieren unterschiedliches Erwerbsverhalten und prägen bis in die Gegenwart und Zukunft z.B. die Rentenwerte.

Das was Ost und West noch auf Jahre unterscheidet - mit Wirkungen vor allem auf das Renteneinkommen - sind Umfang und Ausmaß der Lebensarbeit von Frauen, zum Teil auch von Männern - obwohl auch hierbei Angleichungsprozesse unverkennbar sind (Sinken der real gearbeiteten Lebensjahre in den neuen Ländern, Ansteigen in den alten). So betrug die durchschnittliche Zahl der Versicherungsjahre bei Neuzugängen von Versicherten der GRV in den neuen Ländern im Jahr 2004 rd. 44,5 Jahre bei Männern und 41,3 Jahre bei Frauen - im Vergleich dazu lagen Männer in den alten Ländern bei 39,2 Jahren und Frauen bei 25,0.⁴³ Unterschiede in den Lebensbiografien liegen weniger zwischen Männern und Frauen in Ostdeutschland als zwischen Frauen Ost- und Westdeutschlands.

Für viele ältere Menschen war Arbeit identisch mit betrieblicher sozialer Einbindung. Die Verbundenheit zum Betrieb bzw. ehemaligen Betrieb, zu den Arbeitskollegen hatte zum Teil einen wesentlich höheren Stellenwert als die Verbundenheit zur

Abbildung 1.6: Vergleich der Erwerbsquoten nach Alter - DDR-BRD - 1989 -



Quelle: Im Blickpunkt: Ältere Menschen, Stuttgart 1992, S. 87/88

43 VDR - Rentenversicherung in Zeitreihen, VdR Frankfurt a. M. 2005, Rentenzugang.

Gemeinde bzw. Stadt, zu den 1950 gebildeten Bezirken oder zur DDR insgesamt. Der Zusammenhang von Alter mit Berufsaufgabe, Vorruhestand, Lösung von Kontakten und Beziehungen zum Betrieb war für die Mehrheit der älteren Bürger in den neuen Bundesländern bis 1990 kein gedankliches Lebensmodell für das Alter.

Nach wie vor sind aber auch die Unterschiede in der inneren und organisatorischen Bindung an Religionen und Religionsgemeinschaften ein - über Jahrzehnte wirkendes - Merkmal vorhandener differenziert verlaufender Entwicklungen in Ost und West, welches auch von Generation zu Generation weitergegeben wird. 1990 konzentrierte sich die rd. 25-prozentige Mitgliedschaft in Religionsgemeinschaften in hohem Maße auf die damals ab 60-Jährigen (rd. 40 %) und überwiegend auf die evangelische Kirche. Inzwischen sind es noch rd. 25 % der ab 60-Jährigen, die sich einer der beiden großen Kirchen zuordnen, rd. 5 % der katholischen Kirche und 22 % der evangelischen (2005). Im Vergleich dazu betrug in Westdeutschland der Anteil von Mitgliedern der Kirche 64 % (jeweils 32 % für die beiden Kirchen⁴⁴ - 2001/2002).

Auf die Wertestrukturen in den neuen Ländern und ihre Veränderungen wird im Einzelnen im Abschnitt 4.2 eingegangen. Die vorangegangenen Aussagen sollten nur darauf verweisen, dass soziale und kulturelle Entwicklungen in der DDR bis heute prägend für Wertestrukturen sind und die Vereinigung nicht zur einfachen, schon gar nicht generellen Übernahme westlicher Wertestrukturen geführt hat.

Abschließend sei nochmals hervorgehoben, dass in Bezug auf die Veränderungen, die sich im Alter in den neuen Bundesländern vollziehen, zwei miteinander verbundene Prozesse verlaufen: Einerseits die allgemein gültigen Veränderungen in den Strukturen des Alterns, wie die Erhöhung der Lebenserwartung, steigende Qualifikationen, veränderte Bedürfnisstrukturen aufgrund erreichter Bedarfsbefriedigung usw., die sich in Ost wie West vollziehen. Andererseits die spezifischen vereinigungsbedingten Prozesse der Angleichung von Lebensverhältnissen ebenso wie der Stabilisierung vorhandener Unterschiede und Ungleichheiten.

Bezogen auf die unmittelbar nach 1990 getroffene Aussage zur Existenz zweier deutscher Alter ist offensichtlich, dass diese Aussage auch 2005 und Jahre darüber hinaus ihre Gültigkeit behalten wird. Die Anerkennung dieses Tatbestandes ist kein Forderungsprogramm hinsichtlich einer Angleichung im Sinne der formalen Übernahme westlicher Standards und Strukturen in allen Bereichen des Lebens, sondern Reflexion vorhandener Unterschiede und Ungleichheiten, die aus unterschiedlichen Entwicklungen in den beiden Teilgesellschaften resultieren und Teil der Lebensverhältnisse in beiden Regionen sind. Sie zu missachten oder "ideologisch" abzuwerten, behindert den notwendigen Prozess der keineswegs hinreichend vollzogenen Integration beider Teilgesellschaften.

44 Vgl. Datenreport 2004 - Zahlen und Fakten der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 186.

Tabelle 1.10: Subjektive Befindlichkeiten und Bewertung von Lebensverhältnissen im Ost-West-Vergleich - ab 50. Lebensjahr - 2005 -

Indikator	Wert	neue Bundesländer	alte Bundesländer
<i>Zukunftserwartungen</i>	Hoffnungen	9	18
	Befürchtungen	36	28
<i>Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben?</i>	sehr zufrieden/zufrieden	55	66
<i>Zufriedenheit mit...</i>			
Wohnverhältnissen	sehr zufrieden/zufrieden	83	73
Gesundheitswesen	sehr zufrieden/zufrieden	22	42
Zukunftsaussichten	sehr zufrieden/zufrieden	21	25
Demokratieentwicklung	sehr zufrieden/zufrieden	6	23
sozialer Gerechtigkeit	sehr zufrieden/zufrieden	2	14
Einkommens-/Preisentwicklung	sehr zufrieden/zufrieden	4	26
<i>wirtschaftliche Lage</i>	sehr gut/gut	55	66
<i>individuelle Bedürfnisbefriedigung</i>	möglich	31	42
	mit Einschränkungen	41	28
<i>Wertestrukturen</i>			
Arbeit	sehr wichtig	83	75
soziale Sicherheit	sehr wichtig	80	57
Kinder	sehr wichtig	52	32
Demokratie	sehr wichtig	27	46
Gerechtigkeit	sehr wichtig	76	60
Religion	sehr wichtig/wichtig	15	51
<i>Verbundenheit mit...</i>			
Bundesland des Wohnortes	stark/ziemlich stark	51	63
Ostdeutschland	stark/ziemlich stark	77	29
Westdeutschland	stark/ziemlich stark	16	64
Deutschland	stark/ziemlich stark	43	73
<i>Vertrauen in Bundesregierung</i>	volles/viel Vertrauen	6	26
<i>Politikinteresse</i>	sehr stark/stark	53	50
<i>Bewertung der Einheit</i>	Gewinne	31	30
	Verluste	34	30
<i>erwartete Einkommensangleichung</i>	in Jahren	33	17

Datenbasis: sfz/leben 2005 (gew.); vgl. hierzu auch Datenmaterial zur Pressekonferenz der Volkssolidarität Bundesverband e.V. zu Lebensverhältnissen älterer Menschen in den neuen Bundesländern, 13. September 2005.